

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger, Nicole Gohlke, Anke Domscheit-Berg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 20/8304 –**

Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das erste Halbjahr 2023 – Schwerpunktfragen zu Dublin-Verfahren

Vorbemerkung der Fragesteller

Der Anteil von Verfahren zur Klärung der asylrechtlichen Zuständigkeit nach der Dublin-Verordnung (Dublin-VO) der Europäischen Union (EU) an allen Asylverfahren des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) lag im Jahr 2022 bei 31,6 Prozent (vgl. hierzu und soweit nicht anders angegeben auch im Folgenden: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/5868). Übernahmeersuchen wurden im Jahr 2022 vor allem an Italien und Griechenland gerichtet (21 Prozent bzw. 13,3 Prozent aller 68 709 Ersuchen), die meisten Überstellungen Deutschlands (insgesamt fast zwei Drittel aller Überstellungen) gingen nach Österreich, Frankreich, Spanien, Italien und Polen. Nach Ungarn wurde im Jahr 2021 das erste Mal seit Mai 2017 wieder eine Überstellung vollzogen, obwohl die EU-Kommission mehrere Vertragsverletzungsverfahren wegen Verstößen gegen EU-Asylrecht eingeleitet hatte und entsprechende Verurteilungen Ungarns durch den Europäischen Gerichtshof ergangen sind. Im Jahr 2022 gab es insgesamt sogar acht Überstellungen nach Ungarn.

Aus den 68 709 Übernahmeersuchen Deutschlands im Jahr 2022 resultierten 4 158 Überstellungen in andere Mitgliedstaaten. Gemessen an den Zustimmungungen anderer Staaten zur Rückübernahme (36 219) lag die sogenannte Überstellungsquote bei 11,5 Prozent (2021: 14,4 Prozent, vor der Corona-Pandemie, im Jahr 2019 lag die Quote bei 28,3 Prozent). Viele Zustimmungungen ergeben sich daraus, dass auf Ersuchen Deutschlands nicht fristgerecht geantwortet wird, in Bezug auf Italien war das bei 69,2 Prozent aller Zustimmungungen der Fall, in Bezug auf Griechenland lag dieser Wert bei 79,4 Prozent (bei insgesamt nur 58 Zustimmungungen). Vielfach verhindern Gerichte geplante Überstellungen wegen erheblicher Mängel in den Asyl- oder Aufnahmesystemen anderer Mitgliedstaaten oder aufgrund individueller Umstände. So waren 2022 beide gegen eine Überstellung nach Griechenland gerichteten Rechtsschutzanträge erfolgreich, in Bezug auf Italien lag die Erfolgsquote bei 39,5 Prozent, wobei dieser Wert bei einer realistischen Betrachtung nach Auffassung der Fragestellenden als zu niedrig einzuschätzen ist, denn nach dieser Statistik gilt ein Antrag auch dann als „abgelehnt“, wenn das BAMF sich durch Selbsteintritt für zuständig erklärt oder den angefochtenen Bescheid vor einer gerichtli-

chen Entscheidung abändert, etwa nach einem richterlichen Hinweis (vgl. Antwort zu Frage 17 auf Bundestagsdrucksache 19/22405).

340 Beschäftigte des BAMF arbeiteten Anfang 2023 im Dublin-Bereich. Während immer komplexere Dublin-Verfahren das BAMF und die Gerichte zunehmend beschäftigen und betroffene Schutzsuchende stark belasten, bleibt die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland infolge des Dublin-Systems im etwa gleich: 4 158 Überstellungen aus Deutschland standen im Jahr 2022 3 700 Überstellungen nach Deutschland gegenüber. Das ist im Ergebnis eine reale Umverteilung von 458 Personen nach fast 83 000 zum Teil sehr aufwendigen Verfahren zur Klärung der Zuständigkeit. Dublin-Verfahren dauerten im Jahr 2022 durchschnittlich 2,3 Monate. Kommt es aber nach der Feststellung der Zuständigkeit eines anderen EU-Mitgliedstaates doch noch zu einer Asylprüfung in Deutschland (etwa infolge einer Gerichtsentscheidung oder weil eine Überstellung nicht durchsetzbar war), dauern diese Verfahren mit insgesamt 22,1 Monaten überdurchschnittlich lang – das betraf im Jahr 2022 6 663 Asylsuchende, die zu 62,9 Prozent (bereinigte Schutzquote) dann doch noch einen Schutzstatus in Deutschland erhielten.

In Griechenland als Flüchtlinge Anerkannte dürfen nach überwiegender Rechtsprechung in Deutschland nicht nach Griechenland zurückgeschickt werden, weil ihnen dort aufgrund fehlender Unterbringungs- und Überlebensmöglichkeiten eine menschenrechtswidrige Behandlung und existenzbedrohliche Notlage droht (<https://www.asyl.net/view/rechtsprechunguebersicht-zu-in-griechenland-als-schutzberechtigt-erkannten-personen>). Im Jahr 2022 stellten 14 053 Personen (2021: 29 508) in Deutschland einen Asylantrag, nachdem sie zuvor bereits in Griechenland einen Schutzstatus erhalten hatten, die meisten von ihnen kamen aus Afghanistan, Syrien und dem Irak. Ende 2022 waren noch rund 12 500 Asylverfahren von in Griechenland Anerkannten in Deutschland anhängig, ihre Verfahren waren im Oktober 2020 vor dem Hintergrund der genannten Rechtsprechung „rückpriorisiert“ worden. Seit März/April 2022 werden hierzu wieder Entscheidungen in größerer Zahl getroffen. Das BAMF überprüft die in Griechenland gewährten Schutzstatus inhaltlich und bestätigte dabei im Jahr 2022 zu 83,7 Prozent einen Schutzbedarf (in 36 066 von 43 091 Fällen), allerdings wird ganz überwiegend nur ein subsidiärer Schutz oder Abschiebungsschutz statt eines Flüchtlingsschutzes erteilt. In 1 211 Fällen wurden im Jahr 2022 Asylanträge mit Hinweis auf die Schutzgewährung in Griechenland als „unzulässig“ zurückgewiesen, in diesen Fällen ist das BAMF der Auffassung, dass den Betroffenen in Griechenland aufgrund besonderer Einzelfallumstände keine unmenschliche Behandlung droht. Im Juli 2021 gab es eine Gemeinsame Absichtserklärung Deutschlands und Griechenlands zu Gesprächen über ein Projekt des BAMF zur nachhaltigen Verbesserung der Lebensbedingungen für in Griechenland anerkannte Flüchtlinge. Die Bundesrepublik Deutschland soll hierfür 50 Mio. Euro angeboten haben (vgl. Die Welt vom 15. Dezember 2021). Im März 2022 habe es eine Einigung zu wesentlichen Punkten des Vorhabens gegeben, Einzelheiten seien jedoch noch in der Abstimmung (Antwort auf die Schriftliche Frage 82 auf Bundestagsdrucksache 20/3097). Konkrete Verbesserungen bei der Unterbringung von Schutzberechtigten in Griechenland nannte die Bundesregierung auf eine entsprechende Nachfrage aber nicht (vgl. Antwort zu Frage 16 auf Bundestagsdrucksache 20/5868).

Bundeskanzler Olaf Scholz forderte im Sommer 2023 (vgl. afp vom 6. Juni 2023) einen solidarischen Umgang mit dem Thema Fluchtmigration und erklärte: „Wir dürfen die Länder an den Außengrenzen nicht alleine lassen“. Zugleich beklagte er, dass momentan „etwa 80 Prozent derjenigen, die in Deutschland Asyl beantragen, nirgendwo vorher registriert worden sind“.

Die allermeisten in Deutschland gewährten „Kirchenasyle“ betreffen Schutzsuchende, die von Dublin-Überstellungen in andere Mitgliedstaaten bedroht sind: Im Jahr 2022 führten allerdings nur 2,3 Prozent der BAMF-Überprüfungen zu Kirchenasylfällen mit Dublin-Bezug zu einem Selbsteintritt Deutschlands (12 von 517 Fällen).

1. Wie viele Verfahren im Rahmen der Dublin-Verordnung wurden im ersten Halbjahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2023 eingeleitet (bitte in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen die Relation zu allen Asylerstanträgen sowie die Quote der auf EURODAC-Treffern (EURODAC: europäische Datenbank zur Speicherung von Fingerabdrücken) basierenden Dublin-Verfahren angeben; bitte auch nach den unterschiedlichen EURODAC-Treffern differenzieren), wie viele EURODAC-Treffer welcher Kategorie gab es in diesen Zeiträumen?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

| | Asylerstanträge | Übernahmeersuchen (ÜE) an die Mitgliedstaaten gesamt | Prozentualer Anteil der ÜE zu den Asylerstanträgen | Prozentualer Anteil der ÜE mit EURODAC-Treffern |
|----------------------|-----------------|--|--|---|
| 1. Halbjahr 2023 | 150.166 | 41.006 | 27,3 % | 72,5 % |
| Januar – August 2023 | 204.461 | 54.803 | 26,8 % | 72,7 % |

| Übernahmeersuchen mit EURODAC-Treffern* | | |
|---|------------------|----------------------|
| | 1. Halbjahr 2023 | Januar – August 2023 |
| EURODAC-Treffer gesamt | 29.749 | 39.837 |
| davon EURODAC-Treffer: | | |
| nach Artikel 9 EURODAC-Verordnung | 21.104 | 28.425 |
| nach Artikel 14 EURODAC-Verordnung | 6.291 | 8.331 |
| nach Artikel 17 EURODAC-Verordnung | 2.354 | 3.081 |

* Liegen für eine Person mehrere unterschiedliche EURODAC-Treffer nach der Verordnung (EU) Nr. 603/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 (sogenannte EURODAC-Verordnung) vor, werden vorrangig die gemäß Artikel 9 der EURODAC-Verordnung vorhandenen Treffer ausgewiesen.

| EURODAC-Treffer bei Asylerstanträgen | nach Artikel 14 EURODAC-Verordnung | nach Artikel 9 EURODAC-Verordnung |
|--------------------------------------|------------------------------------|-----------------------------------|
| 1. Halbjahr 2023 | 8.374 | 28.905 |
| Januar – August 2023 | 11.382 | 39.085 |

- a) Auf welche Daten und Sachverhalte bezog sich Bundeskanzler Olaf Scholz, als er erklärte, dass momentan „etwa 80 Prozent derjenigen, die in Deutschland Asyl beantragen, nirgendwo vorher registriert worden sind“ (vgl. afp vom 6. Juni 2023, bitte so genau wie möglich ausführen und auch entsprechend aktualisierte Werte nennen), und waren hiermit Registrierungen als Asylsuchende in EURODAC oder auch andere Registrierungen gemeint, und waren bei dieser Betrachtung auch Folge- und Zweitanträge mit einbezogen (bitte ausführen)?

- b) Inwieweit hat Bundeskanzler Olaf Scholz bei seiner Angabe von etwa 80 Prozent vorher nirgendwo registrierten Asylsuchenden berücksichtigt, dass es auch viele Asylanträge zu in Deutschland geborenen Kindern gibt (bei denen keine Registrierung in anderen Ländern vorliegen kann) bzw. dass eine Registrierung in EURODAC erst ab einem bestimmten Alter erfolgt bzw. dass Asylanträge auch von legal im Wege des Familiennachzugs oder auf anderer Grundlage legal eingereisten Personen stammen können, zu denen ebenfalls keine Registrierung in einem anderen Land vorliegen dürfte, und welchen ungefähren Anteil machen diese Personengruppen an der Gesamtzahl Asylsuchender nach der Einschätzung fachkundiger Bediensteter des BAMF aus (bitte so genau wie möglich darlegen)?

Die Fragen 1a sowie 1b werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die in der Fragestellung genannte Quote stellt das Verhältnis zwischen der Anzahl der Asylerstanträge im Jahr 2022 (217 774) und der Zahl der EURODAC-Treffer im Jahr 2022 (49 834) dar. Es handelt sich hierbei um eine nicht um weitere Kategorien (z. B. nachgeborene Kinder, Personen unter 14 Jahren) bereinigte Quote. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

Die Gesamtzahl der Asylanträge im Jahr 2022 betrug 244 132 (inkl. Folge- und Zweitanträge). Weitere Angaben zu bestimmten Gruppen von Asylantragstellern für das Jahr 2022 können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

| | Zahl | Anteil |
|---------------------------|--------|--------|
| nachgeborene Kinder | 24.791 | 10,2 % |
| VIS-Treffer | 29.840 | 12,2 % |
| visafreie Einreise | 27.852 | 11,4 % |
| Altersgruppe 1 – 13 Jahre | 72.384 | 29,6 % |

- c) Welche Erkenntnisse oder Einschätzungen liegen dazu vor, in welchem Umfang Asylsuchende in Deutschland zuvor nicht von Behörden durchreister Mitgliedstaaten registriert wurden, obwohl dies hätte erfolgen müssen (in welchen Fällen ist eine Registrierung unionsrechtlich zwingend?), und welche Erklärungen gibt es dafür (bitte ausführen, z. B.: behördlich unentdeckte Weiterflucht, bewusste – rechtswidrige – Nichtregistrierung zur Ermöglichung einer Weiterflucht, technische Mängel bzw. Probleme, rechtliche Lücken usw.)?

Nach der EURODAC-Verordnung sind die Fingerabdrücke von Personen, die um Asyl nachsuchen, sowie von Personen, die illegal eine Außengrenze des betreffenden Mitgliedstaats überschreiten, im EURODAC-Zentralsystem zu erfassen.

Die Nichteinhaltung der Registrierungspflicht kann auf verschiedenen Gründen beruhen. Zu nennen sind beispielsweise die behördlich unentdeckte Einreise, Mängel oder Unregelmäßigkeiten im Registrierungsprozess sowie in Einzelfällen technische Mängel, die zu einem Unterbleiben der Datenspeicherung im EURODAC-Zentralsystem führen.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

2. Welche waren im ersten Halbjahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2023 bei Dublin-Ersuchen die 15 am stärksten betroffenen Herkunftsländer und welche die 15 am stärksten angefragten Mitgliedstaaten (bitte in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen angeben sowie in jedem Fall die Zahlen zu Polen, Griechenland, Zypern, Malta, Bulgarien und Ungarn nennen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

| 1. Halbjahr 2023 Ersuchen an Mitgliedstaaten | Übernahmeersuchen | |
|---|-------------------|------------|
| | absolut | in Prozent |
| gesamt | 41.006 | |
| darunter: | | |
| Italien | 9.521 | 23,2 |
| Kroatien | 6.992 | 17,1 |
| Österreich | 4.602 | 11,2 |
| Bulgarien | 3.955 | 9,6 |
| Griechenland | 3.465 | 8,4 |
| Frankreich | 2.983 | 7,3 |
| Spanien | 2.083 | 5,1 |
| Polen | 1.174 | 2,9 |
| Niederlande | 888 | 2,2 |
| Schweden | 836 | 2,0 |
| Rumänien | 770 | 1,9 |
| Schweiz | 752 | 1,8 |
| Belgien | 582 | 1,4 |
| Lettland | 347 | 0,8 |
| Slowenien | 294 | 0,7 |
| Ungarn | 202 | 0,5 |
| Malta | 176 | 0,4 |
| Zypern | 157 | 0,4 |

| 1. Halbjahr 2023 nach Herkunftsland | Übernahmeersuchen | |
|--|-------------------|------------|
| | absolut | in Prozent |
| gesamt | 41.006 | |
| darunter: | | |
| Afghanistan | 8.774 | 21,4 |
| Syrien, Arabische Republik | 8.652 | 21,1 |
| Türkei | 3.718 | 9,1 |
| Russische Föderation | 3.145 | 7,7 |
| Iran, Islamische Republik | 2.282 | 5,6 |
| Irak | 1.521 | 3,7 |
| Algerien | 1.081 | 2,6 |
| Tunesien | 954 | 2,3 |
| Marokko | 788 | 1,9 |
| Indien | 700 | 1,7 |
| Georgien | 589 | 1,4 |
| Guinea | 584 | 1,4 |
| Somalia | 569 | 1,4 |

| 1. Halbjahr 2023 nach Herkunftsland | Übernahmeersuchen | |
|--|-------------------|------------|
| | absolut | in Prozent |
| Nigeria | 563 | 1,4 |
| Ungeklärt | 525 | 1,3 |

| Januar – August 2023 Ersuchen an Mitgliedstaaten | Übernahmeersuchen | |
|---|-------------------|------------|
| | absolut | in Prozent |
| gesamt | 54.803 | |
| darunter: | | |
| Italien | 12.452 | 22,7 |
| Kroatien | 10.576 | 19,3 |
| Österreich | 5.758 | 10,5 |
| Bulgarien | 5.347 | 9,8 |
| Griechenland | 4.368 | 8,0 |
| Frankreich | 3.920 | 7,2 |
| Spanien | 2.568 | 4,7 |
| Polen | 1.515 | 2,8 |
| Niederlande | 1.202 | 2,2 |
| Schweden | 1.069 | 2,0 |
| Rumänien | 1.052 | 1,9 |
| Schweiz | 994 | 1,8 |
| Belgien | 787 | 1,4 |
| Lettland | 477 | 0,9 |
| Slowenien | 360 | 0,7 |
| Ungarn | 258 | 0,5 |
| Malta | 224 | 0,4 |
| Zypern | 207 | 0,4 |

| Januar – August 2023 nach Herkunftsland | Übernahmeersuchen | |
|--|-------------------|------------|
| | absolut | in Prozent |
| gesamt | 54.803 | |
| darunter: | | |
| Afghanistan | 12.109 | 22,1 |
| Syrien, Arabische Republik | 11.590 | 21,1 |
| Türkei | 5.341 | 9,7 |
| Russische Föderation | 4.067 | 7,4 |
| Iran, Islamische Republik | 2.714 | 5,0 |
| Irak | 1.970 | 3,6 |
| Algerien | 1.391 | 2,5 |
| Tunesien | 1.207 | 2,2 |
| Marokko | 1.016 | 1,9 |
| Indien | 844 | 1,5 |
| Nigeria | 840 | 1,5 |
| Guinea | 826 | 1,5 |
| Somalia | 782 | 1,4 |
| Pakistan | 734 | 1,3 |
| Georgien | 732 | 1,3 |

3. Wie viele Dublin-Entscheidungen mit welchem Ergebnis (Zuständigkeit eines anderen Mitgliedstaats bzw. der Bundesrepublik Deutschland, Selbsteintritt, humanitäre Fälle, Familienzusammenführung usw.) gab es in den benannten Zeiträumen (bitte bei der Zahl der Selbsteintritte auch nach Mitgliedstaaten und den jeweils drei wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), in wie vielen Fällen haben andere Mitgliedstaaten von ihrem Selbsteintrittsrecht Gebrauch gemacht (bitte auch Angaben zum Jahr 2022 machen)?

Entscheidungen über Dublin-Verfahren werden im Statistiksystem des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nach den in den folgenden Tabellen aufgeführten Kategorien erfasst.

| | 1. Halbjahr 2023 | Januar – August 2023 |
|--|------------------|----------------------|
| Ablehnungen durch den Mitgliedstaat (gesamt) | 13.208 | 16.940 |
| Artikel 3 Absatz 2 Dublin-III | 30 | 40 |
| Artikel 8 Absatz 1 Dublin-III | 9 | 19 |
| Artikel 8 Absatz 2 Dublin-III | 2 | 2 |
| Artikel 8 Absatz 3 Dublin-III | 2 | 3 |
| Artikel 8 Absatz 4 Dublin-III | 1.277 | 1.649 |
| Artikel 9 Dublin-III | 44 | 57 |
| Artikel 10 Dublin-III | 25 | 41 |
| Artikel 11 Buchstabe a Dublin-III | 44 | 41 |
| Artikel 11 Buchstabe b Dublin-III | 2 | 11 |
| Artikel 12 Absatz 1 Dublin-III | 14 | 23 |
| Artikel 12 Absatz 2 Dublin-III | 228 | 303 |
| Artikel 12 Absatz 3 Dublin-III | 3 | 3 |
| Artikel 12 Absatz 4 Dublin-III | 853 | 998 |
| Artikel 13 Absatz 1 Dublin-III | 633 | 781 |
| Artikel 13 Absatz 2 Dublin-III | 41 | 56 |
| Artikel 14 Absatz 1 Dublin-III | 18 | 18 |
| Artikel 14 Absatz 2 Dublin-III | 15 | 16 |
| Artikel 16 Absatz 1 Dublin-III | 6 | 6 |
| Artikel 16 Absatz 2 Dublin-III | 2 | 2 |
| Artikel 17 Absatz 1 Dublin-III | 2 | 4 |
| Artikel 17 Absatz 2 Dublin-III | 37 | 57 |
| Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe a Dublin-III | 10 | 13 |
| Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe b Dublin-III | 2.385 | 3.139 |
| Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe c Dublin-III | 10 | 15 |
| Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe d Dublin-III | 37 | 56 |
| Artikel 18 Absatz 2 Dublin-III | 1 | 1 |
| Artikel 19 Absatz 1 Dublin-III | 8 | 8 |
| Artikel 19 Absatz 2 Dublin-III | 1.384 | 1.706 |
| Artikel 19 Absatz 3 Dublin-III | 342 | 433 |
| Artikel 20 Absatz 3 Dublin-III | 3 | 3 |

| | 1. Halbjahr 2023 | Januar – August 2023 |
|--|------------------|----------------------|
| Ablehnungen durch den | | |
| Ablehnende Zwischenantwort, da Übernahmeersuchen an 3. MS noch nicht beantwortet | 8 | 6 |
| EURODAC-Treffer unvollständig | 50 | 60 |
| Kein Dublinfall (i. d. R., weil in- ternationaler Schutz in Mitglied- staat) | 2.617 | 3.348 |
| Keine Antwort auf Remonstration innerhalb der Frist | 967 | 1.192 |
| Minderjährigkeit zw. Mitgliedstaa- ten strittig | 186 | 223 |
| Verweis auf Zuständigkeit eines anderen Mitgliedstaats | 1.913 | 2.607 |

| | 1. Halbjahr 2023 | Januar – August 2023 |
|---|------------------|----------------------|
| Zustimmungen des | | |
| Mitgliedstaats (gesamt) | 29.000 | 38.631 |
| Artikel 3 Absatz 2 Dublin-III | 8 | 7 |
| Artikel 8 Absatz 1 Dublin-III | 1 | 0 |
| Artikel 8 Absatz 4 Dublin-III | 6 | 4 |
| Artikel 9 Dublin-III | 7 | 22 |
| Artikel 10 Dublin-III | 13 | 13 |
| Artikel 11 Buchstabe a Dublin-III | 21 | 21 |
| Artikel 11 Buchstabe b Dublin-III | 0 | 1 |
| Artikel 12 Absatz 1 Dublin-III | 94 | 128 |
| Artikel 12 Absatz 2 Dublin-III | 1.361 | 1.775 |
| Artikel 12 Absatz 3 Dublin-III | 33 | 28 |
| Artikel 12 Absatz 4 Dublin-III | 1.469 | 1.884 |
| Artikel 13 Absatz 1 Dublin-III | 3.223 | 3.596 |
| Artikel 13 Absatz 2 Dublin-III | 6 | 7 |
| Artikel 14 Absatz 1 Dublin-III | 12 | 12 |
| Artikel 17 Absatz 1 Dublin-III | 1 | 4 |
| Artikel 17 Absatz 2 Dublin-III | 9 | 9 |
| Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe a Dublin-III | 60 | 86 |
| Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe b Dublin-III | 3.887 | 5.401 |
| Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe c Dublin-III | 1.845 | 2.384 |
| Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe d Dublin-III | 1.949 | 2.764 |
| Artikel 19 Absatz 1 Dublin-III | 1 | 1 |
| Artikel 19 Absatz 2 Dublin-III | 6 | 3 |
| Artikel 19 Absatz 3 Dublin-III | 3 | 4 |
| Artikel 20 Absatz 3 Dublin-III | 26 | 31 |
| Artikel 20 Absatz 3 Satz 2 Dublin-III | 4 | 1 |
| Artikel 20 Absatz 5 Dublin-III | 4.663 | 7.510 |

| | 1. Halbjahr 2023 | Januar – August 2023 |
|--------------------------------|------------------|----------------------|
| Artikel 22 Absatz 7 Dublin-III | 5.863 | 7.735 |
| Artikel 25 Absatz 2 Dublin-III | 4.361 | 5.126 |
| Artikel 28 Absatz 3 Dublin-III | 68 | 74 |

| 1. Halbjahr 2023 (Stand: 30.06.2023) | | | |
|--|--------|----------------------------|---------------------------|
| Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen | | | |
| Mitgliedstaat | Anzahl | Herkunftsland | Anzahl nach Herkunftsland |
| Belgien | 5 | Afghanistan | 3 |
| | | Jordanien | 1 |
| | | Somalia | 1 |
| Bulgarien | 21 | darunter: | |
| | | Syrien, Arabische Republik | 15 |
| | | Afghanistan | 3 |
| | | Ungeklärt | 2 |
| Dänemark | 2 | Simbabwe | 2 |
| Estland | 2 | Armenien | 1 |
| | | Türkei | 1 |
| Finnland | 5 | Russische Föderation | 4 |
| | | Gambia | 1 |
| Frankreich | 27 | darunter: | |
| | | Iran, Islamische Republik | 5 |
| | | Nigeria | 5 |
| | | Syrien, Arabische Republik | 3 |
| Italien | 93 | darunter: | |
| | | Afghanistan | 25 |
| | | Irak | 11 |
| | | Syrien, Arabische Republik | 9 |
| Kroatien | 63 | darunter: | |
| | | Türkei | 25 |
| | | Afghanistan | 15 |
| | | Irak | 7 |
| Lettland | 4 | Russische Föderation | 2 |
| | | Irak | 1 |
| | | Staatenlos | 1 |
| Litauen | 16 | Irak | 11 |
| | | Türkei | 3 |
| | | Vietnam | 2 |
| Malta | 38 | darunter: | |
| | | Libyen | 17 |
| | | Syrien, Arabische Republik | 15 |
| | | Libanon | 4 |

| 1. Halbjahr 2023 (Stand: 30.06.2023) | | | |
|--|--------|-------------------------------|------------------------------|
| Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen | | | |
| Mitgliedstaat | Anzahl | Herkunftsland | Anzahl nach Herkunftsland |
| Niederlande | 13 | darunter: | |
| | | Türkei | 10 |
| | | Afghanistan | 1 |
| | | Belarus | 1 |
| Norwegen | 2 | Eritrea | 2 |
| Österreich | 23 | darunter: | |
| | | Afghanistan | 8 |
| | | Türkei | 6 |
| | | Syrien, Arabische Republik | 3 |
| Polen | 29 | darunter: | |
| | | Russische Föderation | 19 |
| | | Irak | 3 |
| | | Usbekistan | 3 |
| Portugal | 15 | darunter: | |
| | | Afghanistan | 6 |
| | | Libyen | 6 |
| | | Angola | 1 |
| Rumänien | 10 | darunter: | |
| | | Syrien, Arabische Republik | 4 |
| | | Iran, Islamische Republik | 3 |
| | | Afghanistan | 1 |
| Schweden | 16 | darunter: | |
| | | Georgien | 6 |
| | | Afghanistan | 2 |
| | | Iran, Islamische Republik | 2 |
| Schweiz | 1 | Somalia | 1 |
| Slowenien | 7 | darunter: | |
| | | Afghanistan | 2 |
| | | Kosovo | 2 |
| | | Türkei | 2 |
| Spanien | 5 | Syrien, Arabische Republik | 3 |
| | | Guinea | 1 |
| | | Irak | 1 |
| Ungarn | 5 | darunter: | |
| | | Vietnam | 2 |
| | | Afghanistan | 1 |
| | | Russische Föderation | 1 |
| gesamt | 402 | | |

| Januar – August 2023 (Stand: 31.08.2023) | | | |
|--|--------|----------------------------|------------------------------|
| Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen | | | |
| Mitgliedstaat | Anzahl | Herkunftsland | Anzahl nach Herkunftsland |
| Belgien | 6 | Afghanistan | 3 |
| | | Somalia | 2 |
| | | Jordanien | 1 |
| Bulgarien | 26 | darunter: | |
| | | Syrien, Arabische Republik | 15 |
| | | Irak | 5 |
| | | Afghanistan | 4 |
| Dänemark | 2 | Simbabwe | 2 |
| Estland | 2 | Armenien | 1 |
| | | Türkei | 1 |
| Finnland | 5 | Russische Föderation | 4 |
| | | Gambia | 1 |
| Frankreich | 39 | darunter: | |
| | | Iran, Islamische Republik | 5 |
| | | Nigeria | 5 |
| | | Syrien, Arabische Republik | 4 |
| Griechenland | 1 | Irak | 1 |
| Italien | 129 | darunter: | |
| | | Afghanistan | 33 |
| | | Syrien, Arabische Republik | 18 |
| | | Irak | 16 |
| Kroatien | 104 | darunter: | |
| | | Türkei | 55 |
| | | Afghanistan | 23 |
| | | Irak | 7 |
| Lettland | 4 | Russische Föderation | 2 |
| | | Irak | 1 |
| | | Staatenlos | 1 |
| Litauen | 21 | darunter: | |
| | | Irak | 14 |
| | | Türkei | 3 |
| | | Russische Föderation | 2 |
| Malta | 49 | darunter: | |
| | | Libyen | 20 |
| | | Syrien, Arabische Republik | 15 |
| | | Libanon | 11 |
| Niederlande | 21 | darunter: | |
| | | Türkei | 17 |
| | | Afghanistan | 1 |
| | | Belarus | 1 |

| Januar – August 2023 (Stand: 31.08.2023) | | | |
|--|--------|----------------------------|------------------------------|
| Selbsteintritte, die zur Durchführung eines nationalen Verfahrens führen | | | |
| Mitgliedstaat | Anzahl | Herkunftsland | Anzahl nach Herkunftsland |
| Norwegen | 2 | Eritrea | 2 |
| Österreich | 31 | darunter: | |
| | | Afghanistan | 10 |
| | | Türkei | 9 |
| | | Syrien, Arabische Republik | 4 |
| Polen | 51 | darunter: | |
| | | Russische Föderation | 30 |
| | | Libanon | 6 |
| Portugal | 15 | darunter: | |
| | | Irak | 3 |
| | | Afghanistan | 6 |
| Rumänien | 13 | darunter: | |
| | | Libyen | 6 |
| | | Angola | 1 |
| Rumänien | 13 | darunter: | |
| | | Syrien, Arabische Republik | 4 |
| | | Iran, Islamische Republik | 3 |
| Schweden | 17 | darunter: | |
| | | Irak | 2 |
| | | Georgien | 6 |
| Schweiz | 1 | Afghanistan | 2 |
| | | Iran, Islamische Republik | 2 |
| | | Somalia | 1 |
| Slowakei | 2 | Vietnam | 2 |
| Slowenien | 14 | darunter: | |
| | | Türkei | 8 |
| | | Afghanistan | 2 |
| Spanien | 11 | Kosovo | 2 |
| | | darunter: | |
| | | Syrien, Arabische Republik | 3 |
| Ungarn | 7 | Libanon | 2 |
| | | Russische Föderation | 2 |
| | | darunter: | |
| Zypern | 1 | Vietnam | 2 |
| | | Afghanistan | 1 |
| | | Irak | 1 |
| Zypern | 1 | Syrien, Arabische Republik | 1 |
| gesamt | 574 | | |

Die Mitgliedstaaten übermitteln an das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) die Anzahl der Verfahren, in denen von der Ausübung des Selbsteintrittsrechts (SER) Gebrauch gemacht wurde. Zum Zeitpunkt der Beantwortung lagen die durch Eurostat erhobenen Daten im Sinne der Fragestellung für das Jahr 2023 noch nicht vor.

Die Angaben für das Jahr 2022 können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

| | |
|-----------------|-------|
| Mitgliedstaaten | |
| Belgien | 2.244 |
| Bulgarien | 0 |
| Tschechien | 0 |
| Dänemark | 23 |
| Deutschland | 623 |
| Estland | 0 |
| Irland | 27 |
| Griechenland | 0 |
| Spanien | 14 |
| Frankreich | 1.033 |
| Kroatien | 1 |
| Italien | 0 |
| Zypern | 0 |
| Lettland | 7 |
| Litauen | 0 |
| Luxemburg | 18 |
| Ungarn | 0 |
| Malta | 9 |
| Niederlande | 662 |
| Österreich | 5 |
| Polen | 0 |
| Portugal | 0 |
| Rumänien | 0 |
| Slowenien | 0 |
| Slowakei | 0 |
| Finnland | 0 |
| Schweden | 39 |
| Island | 19 |
| Liechtenstein | 0 |
| Norwegen | -* |
| Schweiz | 0 |

* Angaben werden nicht an EUROSTAT übermittelt.

4. Wie viele Überstellungen nach der Dublin-Verordnung wurden in den benannten Zeiträumen vollzogen (bitte in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen angeben und auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und Mitgliedstaaten – in jedem Fall auch Polen, Griechenland, Ungarn, Bulgarien, Zypern und Malta – differenzieren), wie viele dieser Personen wurden unter Einschaltung des Bundesamtes, aber ohne Durchführung eines Asylverfahrens überstellt, und was ist der Grund für die in den letzten Jahren stetig zunehmende Zahl solcher Überstellungen ohne Asylverfahren, auf zuletzt 494 im Jahr 2022 (Antwort zu Frage 4 auf Bundestagsdrucksache 20/5868, bitte so genau und nachvollziehbar wie möglich darlegen, d. h. z. B. typische Fallkonstellationen und Verfahrensabläufe schildern und auch darlegen, inwieweit die Betroffenen ein Asylgesuch gegenüber welcher Behörde geäußert haben)?

Bedeutet Überstellung „ohne Durchführung eines Asylverfahrens“ in diesem Zusammenhang (auch „ohne Durchführung eines Dublin-Verfahrens“, wenn nein, was sonst (bitte ausführen), und wenn ja, wieso wird das BAMF in diesen Fällen eingeschaltet, nimmt aber keine Dublin-Prüfung vor (bitte so genau wie möglich ausführen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

| 1. Halbjahr 2023 an die Mitgliedstaaten | Überstellungen | |
|--|----------------|------------|
| | absolut | in Prozent |
| gesamt | 2.473 | |
| darunter: | | |
| Österreich | 823 | 33,3 |
| Frankreich | 270 | 10,9 |
| Spanien | 254 | 10,3 |
| Polen | 218 | 8,8 |
| Kroatien | 137 | 5,5 |
| Bulgarien | 109 | 4,4 |
| Niederlande | 107 | 4,3 |
| Belgien | 93 | 3,8 |
| Schweden | 89 | 3,6 |
| Rumänien | 81 | 3,3 |
| Schweiz | 55 | 2,2 |
| Litauen | 34 | 1,4 |
| Tschechien | 32 | 1,3 |
| Finnland | 29 | 1,2 |
| Slowenien | 25 | 1,0 |
| Malta | 16 | 0,6 |
| Zypern | 5 | 0,2 |
| Ungarn | 5 | 0,2 |
| Griechenland | 0 | 0,0 |

| 1. Halbjahr 2023 Herkunftsländer | Überstellungen | |
|-------------------------------------|----------------|------------|
| | absolut | in Prozent |
| gesamt | 2.473 | |
| darunter: | | |
| Afghanistan | 662 | 26,8 |
| Syrien, Arabische Republik | 296 | 12,0 |
| Türkei | 231 | 9,3 |

| 1. Halbjahr 2023 Herkunftsländer | Überstellungen | |
|-------------------------------------|----------------|------------|
| | absolut | in Prozent |
| Irak | 208 | 8,4 |
| Russische Föderation | 176 | 7,1 |
| Algerien | 112 | 4,5 |
| Marokko | 73 | 3,0 |
| Indien | 52 | 2,1 |
| Guinea | 44 | 1,8 |
| Libanon | 43 | 1,7 |
| Aserbaidtschan | 41 | 1,7 |
| Tunesien | 41 | 1,7 |
| Iran, Islamische Republik | 39 | 1,6 |
| Pakistan | 36 | 1,5 |
| Ungeklärt | 31 | 1,3 |

| Januar – August 2023 an Mitgliedstaaten | Überstellungen | |
|--|----------------|------------|
| | absolut | in Prozent |
| gesamt | 3.371 | |
| darunter: | | |
| Österreich | 1.134 | 33,6 |
| Frankreich | 347 | 10,3 |
| Spanien | 338 | 10,0 |
| Polen | 277 | 8,2 |
| Kroatien | 189 | 5,6 |
| Niederlande | 167 | 5,0 |
| Bulgarien | 154 | 4,6 |
| Schweden | 142 | 4,2 |
| Belgien | 127 | 3,8 |
| Rumänien | 110 | 3,3 |
| Schweiz | 79 | 2,3 |
| Tschechien | 44 | 1,3 |
| Litauen | 42 | 1,2 |
| Slowenien | 35 | 1,0 |
| Finnland | 34 | 1,0 |
| Malta | 19 | 0,6 |
| Zypern | 9 | 0,3 |
| Ungarn | 5 | 0,1 |
| Griechenland | 0 | 0,0 |

| Januar – August 2023 Herkunftsländer | Überstellungen | |
|---|----------------|------------|
| | absolut | in Prozent |
| gesamt | 3.371 | |
| darunter: | | |
| Afghanistan | 870 | 25,8 |
| Syrien, Arabische Republik | 391 | 11,6 |
| Türkei | 351 | 10,4 |
| Irak | 262 | 7,8 |

| Januar – August 2023 | Überstellungen | |
|---------------------------|----------------|------------|
| | absolut | in Prozent |
| Russische Föderation | 248 | 7,4 |
| Algerien | 163 | 4,8 |
| Marokko | 91 | 2,7 |
| Indien | 75 | 2,2 |
| Tunesien | 65 | 1,9 |
| Aserbajdschan | 61 | 1,8 |
| Guinea | 57 | 1,7 |
| Libanon | 55 | 1,6 |
| Iran, Islamische Republik | 54 | 1,6 |
| Pakistan | 52 | 1,5 |
| Ungeklärt | 50 | 1,5 |

| Zeitraum | Überstellungen ohne Durchführung eines Asylverfahrens |
|----------------------|---|
| 1. Halbjahr 2023 | 250 |
| Januar – August 2023 | 330 |

Als „Überstellungen ohne Durchführung des Asylverfahrens“ werden Verfahren bezeichnet, in denen kein förmlicher Asylantrag beim BAMF gestellt wurde. Für die Anwendung der Verordnung (EU) 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 (sogenannte Dublin-III-Verordnung) ist die förmliche Antragstellung nicht erforderlich. Das Dublin-Verfahren findet auch dann Anwendung, wenn eine Person in der Bundesrepublik Deutschland ein Asylgesuch äußert oder aufgegriffen wird, nachdem diese bereits zuvor in einem anderen Mitgliedstaat einen Asylantrag gestellt hat.

Es liegen keine statistischen Angaben dazu vor, gegenüber welchen Behörden Schutzsuchende ein Asylgesuch geäußert haben.

- Wie viele Personen halten sich nach Angaben des Ausländerzentralregisters (AZR) derzeit in Deutschland auf, für die nach Auffassung des BAMF ein anderer Mitgliedstaat für die Asylprüfung zuständig war bzw. ist, und wie viele dieser Personen sind ausreisepflichtig (bitte – auch für die Teilgruppe der Ausreisepflichtigen – nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern, Mitgliedstaaten und Schutz- bzw. Aufenthaltsstatus differenzieren)?

Zum Stichtag 31. August 2023 hielten sich ausweislich des Ausländerzentralregisters (AZR) 26 816 Personen in Deutschland auf, bei denen das Zuständigkeitsbestimmungsverfahren gemäß der Dublin-III-Verordnung abgeschlossen wurde und ein anderer Mitgliedstaat als die Bundesrepublik Deutschland für die Prüfung des von diesen Personen gestellten Antrags auf internationalen Schutz als zuständig festgestellt wurde. Von diesen Personen waren zum Stichtag 8.542 ausreisepflichtig.

Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

| Staatsangehörigkeit | Anzahl Personen | Davon ausreisepflichtig: |
|----------------------------|-----------------|-----------------------------|
| gesamt | 26.816 | 8.542 |
| darunter: | | |
| Syrien, Arabische Republik | 4.656 | 1.564 |
| Afghanistan | 4.515 | 1.313 |
| Irak | 2.259 | 589 |
| Türkei | 2.038 | 745 |
| Russische Föderation | 1.898 | 759 |
| Iran, Islamische Republik | 1.886 | 381 |
| Nigeria | 1.588 | 552 |
| Guinea | 563 | 195 |
| Somalia | 426 | 150 |
| Tunesien | 374 | 142 |

| Mitgliedstaat | Anzahl Personen | Davon ausreisepflichtig: |
|------------------------------------|-----------------|-----------------------------|
| gesamt | 26.816 | 8.542 |
| davon: | | |
| Italien | 9.909 | 2.918 |
| Kroatien | 3.697 | 1.184 |
| Bulgarien | 1.745 | 591 |
| Österreich | 1.711 | 773 |
| Polen | 1.521 | 477 |
| Frankreich | 1.440 | 509 |
| Spanien | 1.246 | 456 |
| Schweden | 811 | 297 |
| Litauen | 765 | 163 |
| Rumänien | 619 | 212 |
| Niederlande | 511 | 196 |
| Ungarn | 381 | 48 |
| Belgien | 329 | 102 |
| Schweiz | 283 | 105 |
| Portugal | 260 | 64 |
| Dänemark u. Färöer | 248 | 70 |
| Lettland | 202 | 61 |
| Finnland | 185 | 60 |
| Tschechische Republik | 185 | 58 |
| Norwegen | 183 | 43 |
| Slowenien | 164 | 41 |
| Malta | 112 | 36 |
| Griechenland | 93 | 15 |
| Estland | 73 | 25 |
| Slowakische Republik | 61 | 20 |
| Zypern | 42 | 8 |
| Luxemburg | 24 | 6 |
| Großbritannien mit Nordir- land | 13 | 4 |
| Island | 3 | 0 |

| Aufenthaltsstatus | Anzahl Personen | Davon ausreisepflichtig: |
|---|-----------------|--------------------------|
| gesamt | 26.816 | 8.542 |
| davon: | | |
| Niederlassungserlaubnis | 125 | 0 |
| Aufenthaltsurlaubnis | 1.993 | 0 |
| Aufenthalts-gestattung | 10.628 | 86 |
| Duldung | 5.456 | 5.456 |
| Sonstiges (kein Aufenthaltsrecht, Antrag auf Titel gestellt, Ankunfts-nachweis, EU-Aufenthaltsrechte) | 8.614 | 3.000 |

6. Wie viele Personen halten sich nach Angaben des AZR derzeit in Deutschland auf, die bereits einmal in einen anderen Mitgliedstaat überstellt wurden, und wie viele von ihnen sind ausreisepflichtig (bitte – auch für die Teilgruppe der Ausreisepflichtigen – nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern, Mitgliedstaaten und Schutz- bzw. Aufenthaltsstatus differenzieren)?

Zum Stichtag 31. August 2023 waren 13.399 in Deutschland aufhältige Personen im AZR registriert, die bereits an einen anderen Mitgliedstaat überstellt wurden. Davon waren 4.827 Personen ausreisepflichtig.

Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

| Staatsangehörigkeit | Anzahl aufhältiger Personen, die bereits an einen anderen Mitgliedstaat überstellt wurden | Davon ausreisepflichtig: |
|----------------------------|---|--------------------------|
| gesamt | 13.399 | 4.827 |
| darunter: | | |
| Russische Föderation | 1.932 | 881 |
| Irak | 1.292 | 505 |
| Afghanistan | 1.202 | 360 |
| Syrien, Arabische Republik | 838 | 237 |
| Nigeria | 570 | 230 |
| Somalia | 559 | 191 |
| Iran, Islamische Republik | 537 | 142 |
| Guinea | 460 | 262 |
| Türkei | 428 | 68 |
| Kosovo | 416 | 85 |

| Mitgliedstaat | Anzahl aufhältiger Personen, die bereits an einen anderen Mitgliedstaat überstellt wurden | Davon ausreisepflichtig: |
|---------------|---|--------------------------|
| gesamt | 13.399 | 4.827 |
| davon: | | |
| Italien | 3.220 | 1.127 |
| Polen | 1.937 | 820 |

| Mitgliedstaat | Anzahl aufhältiger Personen, die bereits an einen anderen Mitgliedstaat überstellt wurden | Davon ausreisepflichtig: |
|-------------------------------|---|--------------------------|
| Frankreich | 1.449 | 610 |
| Spanien | 996 | 448 |
| Schweden | 927 | 268 |
| Österreich | 906 | 329 |
| Belgien | 799 | 256 |
| Niederlande | 501 | 174 |
| Ungarn | 362 | 76 |
| Schweiz | 344 | 111 |
| Dänemark u. Färöer | 231 | 72 |
| Tschechische Republik | 200 | 50 |
| Griechenland | 183 | 13 |
| Kroatien | 183 | 72 |
| Norwegen | 177 | 45 |
| Rumänien | 152 | 62 |
| Litauen | 140 | 57 |
| Slowenien | 135 | 51 |
| Portugal | 121 | 45 |
| Bulgarien | 111 | 41 |
| Finnland | 82 | 34 |
| Slowakische Republik | 60 | 18 |
| Lettland | 58 | 16 |
| Luxemburg | 40 | 14 |
| Malta | 34 | 8 |
| Großbritannien mit Nordirland | 27 | 7 |
| Estland | 14 | 1 |
| Irland | 5 | 1 |
| Zypern | 4 | 1 |
| Island | 1 | 0 |

| Schutzstatus | Anzahl aufhältiger Personen, die bereits an einen anderen Mitgliedstaat überstellt wurden | Davon ausreisepflichtig: |
|--|---|--------------------------|
| gesamt | 13.399 | 4.827 |
| davon: | | |
| Kein Schutzstatus | 12.297 | 4.791 |
| Flüchtlingseigenschaft nach § 3 Absatz 4 AsylG | 609 | 18 |
| subsidiärer Schutz nach § 4 Absatz 1 AsylG gewährt | 486 | 18 |
| als Asylberechtigter anerkannt | 7 | 0 |

| Aufenthaltsstatus | Anzahl aufhältiger Personen, die bereits an einen anderen Mitgliedstaat überstellt wurden | Davon ausreisepflichtig: |
|--|---|--------------------------|
| gesamt | 13.399 | 4.827 |
| davon: | | |
| Niederlassungserlaubnis | 784 | 0 |
| Aufenthaltserlaubnis | 3.837 | 0 |
| Aufenthaltsgestattung | 1.781 | 30 |
| Duldung | 4.176 | 4.176 |
| sonstiges (kein Aufenthaltsrecht, Antrag auf Titel gestellt, Ankunftsnachweis, EU-Aufenthaltsrechte) | 2.821 | 621 |

7. Wie vielen Asylsuchenden des bisherigen Jahres 2023 war zuvor in einem anderen Mitgliedstaat, insbesondere in Griechenland, ein Schutzstatus zugesprochen worden (bitte auch nach Monaten auflisten), und wie viele von ihnen lebten zuletzt mit welchem Status in Deutschland (bitte auch nach den wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Gibt es zumindest Einschätzungen zur ungefähren Zahl von in anderen Mitgliedstaaten als Griechenland Anerkannten, die in Deutschland um Asyl nachsuchen, wenn ja, welche (bitte auch nach Ländern differenzieren), und wenn nein, warum nicht?

Statistische Daten im Sinne der Fragestellung liegen ausschließlich zu Personen vor, denen bereits durch Griechenland internationaler Schutz zuerkannt wurde (anerkannt Schutzberechtigte) und die in Deutschland einen weiteren Asylantrag gestellt haben. Hinsichtlich anderer Mitgliedstaaten erfolgt eine entsprechende statistische Erfassung nicht.

Die Anzahl erneuter Asylantragstellungen im bisherigen Jahr 2023 (Januar bis einschließlich August 2023) von bereits durch Griechenland anerkannt Schutzberechtigten kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden (Aufschlüsselung nach Monat der Antragstellung).

| Jahr 2023* | Afghanistan | Syrien | Irak | Somalia | Ungeklärt | Sonstige | Gesamt |
|------------|-------------|--------|------|---------|-----------|----------|--------|
| gesamt | 2.081 | 1.115 | 841 | 372 | 359 | 588 | 5.356 |
| davon: | | | | | | | |
| Januar | 650 | 290 | 152 | 76 | 55 | 84 | 1.307 |
| Februar | 436 | 273 | 161 | 66 | 39 | 94 | 1.069 |
| März | 342 | 246 | 143 | 66 | 73 | 118 | 988 |
| April | 257 | 108 | 158 | 57 | 38 | 102 | 720 |
| Mai | 153 | 92 | 140 | 46 | 41 | 54 | 526 |
| Juni | 114 | 49 | 45 | 18 | 20 | 60 | 306 |
| Juli | 93 | 45 | 38 | 24 | 57 | 62 | 319 |
| August | 36 | 12 | 4 | 19 | 36 | 14 | 121 |

* Anmerkung: Einzelne Monatswerte können von bislang veröffentlichten statistischen Daten abweichen, da eine bereits durch Griechenland erfolgte Schutzanerkennung in Einzelfällen erst im weiteren Verlauf des Asylverfahrens festgestellt worden ist.

Statistische Daten zum letzten Status der Asylantragstellenden, denen bereits in Griechenland ein Schutzstatus zuerkannt wurde, liegen nicht vor.

8. Wie viele Entscheidungen in den (z. T. zuvor rückpriorisierten) Verfahren von in Griechenland Anerkannten gab es im bisherigen Jahr 2023 (bitte nach Monaten differenzieren), und wie viele dieser Verfahren (zu wie vielen Personen) sind noch offen?

| Gesamt 2023 | | | | | | | | | |
|----------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|--------|
| Personen | Jan. | Feb. | Mär. | April | Mai | Juni | Juli | Aug. | Gesamt |
| Entscheidungen | 2.085 | 1.881 | 2.369 | 1.560 | 1.671 | 1.800 | 1.170 | 1.093 | 13.629 |

Mit Stand: 31. August 2023 waren rund 7 000 Verfahren von durch Griechenland bereits anerkannt Schutzberechtigten beim BAMF anhängig.

- a) Wie war der Ausgang dieser Verfahren im bisherigen Jahr 2023 (bitte nach Quartalen differenzieren; zudem nach den vier üblichen Schutzstatus, Ablehnung, Ablehnung als offensichtlich unbegründet, sonstige Verfahrenserledigungen differenzieren und diese sonstigen Erledigungen bitte genauer ausdifferenzieren; bitte insgesamt, aber jeweils auch für die fünf wichtigsten Herkunftsstaaten angeben)?

Die Angaben können den nachstehenden Tabellen entnommen werden (Stand: 31. August 2023).

| Herkunftsland gesamt | | | | |
|--|--------|----------|------------|------------|
| Personen | Gesamt | darunter | 1. Quartal | 2. Quartal |
| Anerkennung gem. Artikel 16a GG | 12 | | 4 | 2 |
| Flüchtlingsschutz gem. § 3 Absatz 1 AsylG | 4.029 | | 1.254 | 1.803 |
| subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 AsylG | 2.958 | | 1.365 | 1.061 |
| Abschiebungsverbot gem. § 60 Absatz 5 oder 7 AufenthG | 3.047 | | 2.120 | 649 |
| Ablehnung | 1.640 | | 778 | 558 |
| Ablehnung als offensichtlich unbegründet | 74 | | 19 | 30 |
| formelle Verfahrenserledigung | 1.869 | | 795 | 928 |
| davon: | | | | |
| Einstellung wg. § 33 Absatz 1 und 2, § 32a Absatz 2 AsylG | 133 | | 71 | 46 |
| sonstige Einstellung | 38 | | 7 | 15 |
| Unzulässig gem. § 29 Absatz 1 Nummer 1 AsylG | 3 | | 0 | 2 |
| Unzulässig gem. § 29 Absatz 1 Nummer 2 AsylG | 1.605 | | 700 | 801 |
| Unzulässig gem. § 29 Absatz 1 Nummer 5 AsylG (kein Folgeverfahren) | 89 | | 16 | 64 |
| Unzulässig gem. § 29 Absatz 1 Nummer 5 AsylG (kein Zweitverfahren) | 1 | | 1 | 0 |
| Gesamt | 13.629 | | 6.335 | 5.031 |

| Herkunftsland Afghanistan | | | | |
|---|--------|----------|------------|------------|
| Personen | Gesamt | darunter | 1. Quartal | 2. Quartal |
| Anerkennung gem. Artikel 16a GG | 12 | | 4 | 2 |
| Flüchtlingsschutz gem. § 3 Absatz 1 AsylG | 3.444 | | 981 | 1.616 |
| subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 AsylG | 255 | | 184 | 55 |
| Abschiebungsverbot gem. § 60 Absatz 5 oder 7 AufenthG | 2.680 | | 1.951 | 514 |
| Ablehnung | 8 | | 5 | 2 |
| Ablehnung als offensichtlich unbegründet | 0 | | 0 | 0 |

| Herkunftsland Afghanistan | | | | |
|--|--------|----------|------------|------------|
| Personen | Gesamt | darunter | 1. Quartal | 2. Quartal |
| formelle Verfahrenserledigung | 605 | | 273 | 277 |
| davon: | | | | |
| Einstellung wg. § 33 Absatz 1 und 2, § 32a Absatz 2 AsylG | 45 | | 25 | 13 |
| sonstige Einstellung | 13 | | 0 | 5 |
| Unzulässig gem. § 29 Absatz 1 Nummer 1 AsylG | 1 | | 0 | 0 |
| Unzulässig gem. § 29 Absatz 1 Nummer 2 AsylG | 516 | | 239 | 241 |
| Unzulässig gem. § 29 Absatz 1 Nummer 5 AsylG (kein Folgeverfahren) | 30 | | 9 | 18 |
| gesamt | 7.004 | | 3.398 | 2.466 |

| Herkunftsland Syrien | | | | |
|--|--------|----------|------------|------------|
| Personen | Gesamt | darunter | 1. Quartal | 2. Quartal |
| Anerkennung gem. Artikel 16a GG | 0 | | 0 | 0 |
| Flüchtlingsschutz gem. § 3 Absatz 1 AsylG | 84 | | 33 | 36 |
| subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 AsylG | 2.544 | | 1.110 | 943 |
| Abschiebungsverbot gem. § 60 Absatz 5 oder 7 AufenthG | 27 | | 1 | 24 |
| Ablehnung | 0 | | 0 | 0 |
| Ablehnung als offensichtlich unbegründet | 0 | | 0 | 0 |
| formelle Verfahrenserledigung | 583 | | 319 | 234 |
| davon: | | | | |
| Einstellung wg. § 33 Absatz 1 und 2, § 32a Absatz 2 AsylG | 13 | | 4 | 7 |
| sonstige Einstellung | 7 | | 1 | 1 |
| Unzulässig gem. § 29 Absatz 1 Nummer 2 AsylG | 513 | | 309 | 187 |
| Unzulässig gem. § 29 Absatz 1 Nummer 5 AsylG (kein Folgeverfahren) | 50 | | 5 | 39 |
| gesamt | 3.238 | | 1.463 | 1.237 |

| Herkunftsland Irak | | | | |
|--|--------|----------|------------|------------|
| Personen | Gesamt | darunter | 1. Quartal | 2. Quartal |
| Anerkennung gem. Artikel 16a GG | 0 | | 0 | 0 |
| Flüchtlingsschutz gem. § 3 Absatz 1 AsylG | 82 | | 57 | 12 |
| subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 AsylG | 60 | | 35 | 18 |
| Abschiebungsverbot gem. § 60 Absatz 5 oder 7 AufenthG | 89 | | 38 | 31 |
| Ablehnung | 1.029 | | 530 | 322 |
| Ablehnung als offensichtlich unbegründet | 24 | | 4 | 14 |
| formelle Verfahrenserledigung | 255 | | 59 | 178 |
| davon: | | | | |
| Einstellung wg. § 33 Absatz 1 und 2, § 32a Absatz 2 AsylG | 27 | | 21 | 5 |
| sonstige Einstellung | 9 | | 3 | 6 |
| Unzulässig gem. § 29 Absatz 1 Nummer 2 AsylG | 217 | | 34 | 166 |
| Unzulässig gem. § 29 Absatz 1 Nummer 5 AsylG (kein Folgeverfahren) | 1 | | 0 | 1 |

| Herkunftsland Irak | | | | |
|--|--------|----------|------------|------------|
| Personen | Gesamt | darunter | 1. Quartal | 2. Quartal |
| Unzulässig gem. § 29 Absatz 1 Nummer 5 AsylG (kein Zweitverfahren) | 1 | | 1 | 0 |
| Gesamt | 1.539 | | 723 | 575 |

| Herkunftsland Somalia | | | | |
|--|--------|----------|------------|------------|
| Personen | Gesamt | darunter | 1. Quartal | 2. Quartal |
| Anerkennung gem. Artikel 16a GG | 0 | | 0 | 0 |
| Flüchtlingsschutz gem. § 3 Absatz 1 AsylG | 178 | | 66 | 72 |
| subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 AsylG | 31 | | 16 | 10 |
| Abschiebungsverbot gem. § 60 Absatz 5 oder 7 AufenthG | 193 | | 104 | 57 |
| Ablehnung | 28 | | 10 | 15 |
| Ablehnung als offensichtlich unbegründet | 0 | | 0 | 0 |
| formelle Verfahrenserledigung | 115 | | 30 | 74 |
| davon: | | | | |
| Einstellung wg. § 33 Absatz 1 und 2, § 32a Absatz 2 AsylG | 11 | | 5 | 3 |
| sonstige Einstellung | 0 | | 0 | 0 |
| Unzulässig gem. § 29 Absatz 1 Nummer 2 AsylG | 104 | | 25 | 71 |
| Unzulässig gem. § 29 Absatz 1 Nummer 5 AsylG (kein Folgeverfahren) | 0 | | 0 | 0 |
| gesamt | 545 | | 226 | 228 |

| Herkunftsland Pers. aus palästinensischen Gebieten (nicht als Staat anerkannt) | | | | |
|--|--------|----------|------------|------------|
| Personen | Gesamt | darunter | 1. Quartal | 2. Quartal |
| Anerkennung gem. Artikel 16a GG | 0 | | 0 | 0 |
| Flüchtlingsschutz gem. § 3 Absatz 1 AsylG | 18 | | 16 | 2 |
| subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 AsylG | 5 | | 3 | 2 |
| Abschiebungsverbot gem. § 60 Absatz 5 oder 7 AufenthG | 13 | | 5 | 8 |
| Ablehnung | 241 | | 114 | 84 |
| Ablehnung als offensichtlich unbegründet | 21 | | 9 | 6 |
| formelle Verfahrenserledigung | 84 | | 39 | 40 |
| davon: | | | | |
| Einstellung wg. § 33 Absatz 1 und 2, § 32a Absatz 2 AsylG | 16 | | 5 | 9 |
| sonstige Einstellung | 1 | | 0 | 1 |
| Unzulässig gem. § 29 Absatz 1 Nummer 2 AsylG | 67 | | 34 | 30 |
| Unzulässig gem. § 29 Absatz 1 Nummer 5 AsylG (kein Folgeverfahren) | 0 | | 0 | 0 |
| gesamt | 382 | | 186 | 142 |

- b) Ist die Antwort zu Frage 8j auf Bundestagsdrucksache 20/5868 so zu verstehen, dass das BAMF Artikel 1 C Nummer 5 der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) nicht anwendet, wenn es Personen ablehnen oder ihnen keinen GFK-Status erteilen will, obwohl diese zuvor in Griechenland einen Schutzstatus nach der GFK erhalten haben (bitte ausführen und begründen), und wenn ja, wie wird das begründet vor dem Hintergrund, dass die völkerrechtliche Regelung nach Artikel 1 C Nummer 5 der GFK nach Auffassung der Fragestellenden unabhängig von der konkreten Ausgestaltung des EU- bzw. nationalen Asylrechts gelten müsste, d. h. dass der Widerruf eines einmal gewährten GFK-Status nicht erfolgen soll, wenn dem zwingende, auf früheren Verfolgungen beruhende Gründe entgegenstehen (was beispielsweise insbesondere bei traumatisierten Flüchtlingen und Folteropfern der Fall sein kann)?

Artikel 1 C Nummer 5 der Genfer Flüchtlingskonvention bezieht sich auf die Beendigung der Flüchtlingseigenschaft und nicht auf das Anerkennungsverfahren. Sofern das BAMF nach dem Recht der Europäischen Union verpflichtet ist, den Asylantrag eines in Griechenland anerkannt Schutzberechtigten zu prüfen, führt es kein Widerrufsverfahren durch, sondern ein Anerkennungsverfahren. Sofern das BAMF den Asylantrag ablehnt, hat dies nicht den Widerruf der griechischen Entscheidung zur Folge. Daher findet Artikel 1 C Nummer 5 der Genfer Flüchtlingskonvention insoweit keine Anwendung. Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 8h und 9 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 20/5868 verwiesen.

- c) Wie viele der zuvor in Griechenland anerkannten Personen, die dann in Deutschland keinen Schutzstatus erhalten haben (wie viele sind das?) wurden im Jahr 2022 bzw. im bisherigen Jahr 2023 nach Griechenland abgeschoben (bitte auch die wichtigsten Herkunftsländer angeben; falls keine entsprechenden Daten vorliegen sollten, bitte hilfsweise die Zahl der Abschiebungen nach Griechenland – keine Überstellungen – von Drittstaatsangehörigen aus einem typischen Asylherkunftsland – 15 wichtigste Asylherkunftsländer – angeben), und wie viele dieser Personen wurden in ihre Herkunftsländer oder andere Drittstaaten abgeschoben (bitte differenzieren)?

Zur Frage, wie viele der in Griechenland bereits anerkannten Personen in Deutschland keinen Schutzstatus erhalten haben, wird für das bisherige Jahr 2023 auf die Antwort zu Frage 8a verwiesen. Bezogen auf das Jahr 2022 wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 8a der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 20/5868 verwiesen.

Im Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022 sind 86 Personen nach Griechenland abgeschoben worden. Davon hatten 72 Personen nicht die griechische Staatsangehörigkeit. Im Zeitraum vom 1. Januar bis 31. August 2023 wurden insgesamt 100 Personen nach Griechenland aus Deutschland abgeschoben. Davon hatten 92 Personen nicht die griechische Staatsangehörigkeit. Weitere Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung liegen der Bundesregierung nicht vor.

9. Gegen wie viele der ablehnenden Entscheidungen des BAMF im bisherigen Jahr 2023 zu zuvor in Griechenland Anerkannten wurden Rechtsmittel eingelegt (bitte auch nach wichtigsten Herkunftsländern auflisten), und welche Gerichtsentscheidungen gab es im bisherigen Jahr 2023 in diesen Verfahren (bitte wie in Antwort zu Frage 13 auf Bundestagsdrucksache 20/5868 auflisten)?

Wie sind bei diesen Gerichtsentscheidungen die vielen formellen Verfahrenserledigungen (vgl. ebd.: 404 von 527 Gerichtsentscheidungen) zu erklären, welche typischen Fallkonstellationen liegen dem zugrunde, und in wie vielen dieser Fälle erhielten die Betroffenen einen Schutzstatus bzw. ein Aufenthaltsrecht (bitte so differenziert wie möglich darlegen)?

Anmerkung: Eine Differenzierung der gerichtlichen Entscheidungen der zuvor in Griechenland anerkannten Personen nach beklagter ablehnender Entscheidung des BAMF ist nicht möglich, da die beklagten Entscheidungen durch das BAMF im Nachgang aufgehoben werden. Eine Kohorten-Betrachtung ist somit nicht möglich.

Die Angaben können den nachstehenden Tabellen entnommen werden.

| | |
|--|-------|
| Klagen insgesamt (Personen) 01.01. – 31.07.2023 (Stand: 17.09.2023) | 3.384 |
| darunter: | |
| Irak | 1.109 |
| Syrien, Arabische Republik | 823 |
| Afghanistan | 624 |
| Pers. aus palästinensischen Gebieten (nicht als Staat anerkannt) | 254 |
| Somalia | 155 |
| Ungeklärt | 151 |
| Iran, Islamische Republik | 121 |
| Türkei | 20 |
| Pakistan | 20 |
| Eritrea | 16 |

| Gerichtsentscheidungen insgesamt bis 31.07.2023 (Stand: 17.09.2023) | Flüchtlingsschutz gem. § 3 Absatz 1 AsylG | Subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 AsylG | Abschiebungsverbot gem. § 60 Absatz 5 oder 7 AufenthG | Ablehnung | formelle Verfahrenserledigungen | Gesamtergebnis |
|---|---|--|---|-----------|---------------------------------|----------------|
| Gesamtergebnis | 8 | 2 | 45 | 15 | 761 | 831 |
| davon: | | | | | | |
| Syrien, Arabische Republik | 1 | 0 | 5 | 4 | 337 | 347 |
| Afghanistan | 0 | 0 | 2 | | 252 | 254 |
| Irak | 5 | 0 | 12 | 5 | 64 | 86 |
| Somalia | 1 | 1 | 3 | 3 | 34 | 42 |
| Pers. aus palästinensischen Gebieten (nicht als Staat anerkannt) | 1 | 0 | 14 | 0 | 20 | 35 |
| Ungeklärt | 0 | 0 | 5 | 0 | 18 | 23 |
| Iran, Islamische Republik | 0 | 0 | 0 | 2 | 12 | 14 |
| Staatenlos | 0 | 0 | 1 | 0 | 12 | 13 |
| Türkei | 0 | 0 | 3 | 0 | 6 | 9 |
| Pakistan | 0 | 0 | 0 | 0 | 2 | 2 |

| | |
|---|-----|
| Formelle Verfahrenserledigungen Gericht 01.01. – 31.07.2023 (Stand: 17.09.2023) | 761 |
| davon tenoriert: | |
| BAMF-Bescheid aufgehoben, damit neuer Bescheid erforderlich | 467 |
| sonstige Einstellung (z. B. Rücknahme der Klage) | 231 |
| Asylantrag abzulehnen als unzulässig (§ 29 Absatz 1 Nr. 2 AsylG) | 35 |
| Prozesserledigungen | 13 |
| Einstellung wg. § 33 Absatz 1 und 2, § 32a Absatz 2 AsylG | 12 |
| Asylantrag abzulehnen als unzulässig (kein Folgeverfahren § 29 Absatz 1 Nr. 5 AsylG) | 3 |

Bei 267 Fällen wurde nach einer formellen Gerichtsentscheidung eine positive Entscheidung des BAMF getroffen. Über Art und Häufigkeit eines Aufenthaltsrechts liegen BAMF keine Zahlen vor.

| | |
|---|-----|
| BAMF-Entscheidungen nach formeller Gerichtsentscheidung (01.01. – 31.07.2023) gesamt | 267 |
| darunter: | |
| Flüchtlingsschutz gem. § 3 Absatz 1 AsylG | 27 |
| subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 AsylG | 187 |
| Abschiebungsverbot gem. § 60 Absatz 5 bzw. 7 AufenthG | 53 |

10. Wie ist der aktuelle Stand der Bemühungen des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI), Griechenland bei der Bereitstellung von Unterkünften und der existenzsichernden Versorgung von anerkannt Schutzberechtigten zu unterstützen (bitte so ausführlich wie möglich darstellen), und welche konkreten Verbesserungen konnten aus Sicht des BMI diesbezüglich bereits erreicht werden, bzw. welche Probleme bei der Unterbringung und Versorgung von Schutzberechtigten bestehen nach Kenntnis des BMI gegebenenfalls nach wie vor (bitte ausführen; Wiederholung der Frage 16 auf Bundestagsdrucksache 20/5868, weil die dortige Antwort der Bundesregierung nach Auffassung der Fragestellenden keinen konkreten Verhandlungsstand und keine Einschätzung des BMI zu gegebenenfalls erreichten Verbesserungen oder bestehenden Problemen erkennen lässt – dort wird lediglich ein Ziel der Bundesregierung genannt und dass sie mit griechischen Partnern in Kontakt stehe)?

Die Bundesregierung steht auch mit der neuen griechischen Regierung hinsichtlich einer Verbesserung der Unterbringung und Versorgung von anerkannt Schutzsuchenden in Griechenland in Kontakt. Im Übrigen wird auf die Antworten der Bundesregierung zu den Fragen 15 und 16 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 20/5868 verwiesen.

11. Wie viele Kirchenasylfälle mit Dublin-Bezug wurden im bisherigen Jahr 2023 an das BAMF gemeldet (bitte nach Bundesländern differenzieren)?
In wie vielen dieser Fälle wurde rechtzeitig ein Dossier vorgelegt, und was war das Ergebnis der Überprüfungen (Überstellung, Selbsteintritt Deutschlands, sonstige Verfahrenserledigung; bitte nach Monaten differenzieren)?

Wie viele Kirchenasylfälle ohne Dublin-Bezug gab es im bisherigen Jahr 2023?

Die Kirchenasylfälle mit Dublin-Bezug für die Monate Januar bis einschließlich Juli 2023 können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden (Stand: 14. August 2023).

| Monat | Anzahl der gemeldeten Kirchenasylfälle | Dazu bisher eingegangene Dossiers | Ergebnisse der bisherigen Dossier-Prüfungen | Sonstige Erledigungen | in Bearbeitung | Monat |
|----------------|--|-----------------------------------|---|-----------------------|----------------|-------|
| | | | SER ausgeübt | Kein SER ausgeübt | | |
| Januar 2023 | 134 | 107 | 1 | 35 | 68 | 3 |
| Februar 2023 | 129 | 94 | 0 | 37 | 52 | 5 |
| März 2023 | 175 | 124 | 4 | 48 | 58 | 14 |
| April 2023 | 153 | 118 | 0 | 50 | 41 | 27 |
| Mai 2023 | 168 | 129 | 0 | 36 | 64 | 29 |
| Juni 2023 | 218 | 164 | 1 | 46 | 36 | 81 |
| Juli 2023 | 193 | 74 | 0 | 10 | 2 | 62 |
| Gesamtergebnis | 1.170 | 810 | 6 | 262 | 321 | 221 |

Die Verteilung der Kirchenasylmeldungen mit Dublin-Bezug auf die Länder kann der folgenden Tabelle entnommen werden.

| Land | Anzahl |
|------------------------|--------|
| Nordrhein-Westfalen | 299 |
| Bayern | 208 |
| Hessen | 173 |
| Berlin | 113 |
| Niedersachsen | 83 |
| Hamburg | 77 |
| Schleswig-Holstein | 42 |
| Bremen | 40 |
| Sachsen-Anhalt | 32 |
| Thüringen | 28 |
| Brandenburg | 21 |
| Rheinland-Pfalz | 19 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 16 |
| Baden-Württemberg | 9 |
| Saarland | 7 |
| Sachsen | 3 |
| Gesamtergebnis | 1.170 |

Das BAMF prüfte in der Zeit vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Juli 2023 insgesamt 12 Kirchenasylfälle ohne Dublin-Bezug (Stand: 14. August 2023). Eine statistische Erhebung der Ergebnisse erfolgt nicht.

12. Wie viele Asylanträge wurden im bisherigen Jahr 2023 bzw. im ersten Halbjahr 2023 mit der Begründung einer Nichtzuständigkeit nach der Dublin-Verordnung als unzulässig abgelehnt bzw. die Verfahren eingestellt, ohne dass ein Asylverfahren mit inhaltlicher Prüfung durchgeführt wurde (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und auch die Zahl formeller Entscheidungen nennen), und wie viele Asylanträge wurden als unzulässig erachtet, weil bereits in einem anderen Land ein Schutzstatus gewährt wurde (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

| Zeitraum | Entscheidungen gesamt | | | | |
|----------------------|--|--------|--------|--|---------------------|
| | davon formelle Entscheidungen | | | | |
| | davon Dublin-Entscheidungen (Nichtzuständigkeit) | | | | |
| | | | | davon unzulässig (nach § 29 Absatz 1 Nummer 1 AsylG) | Davon Einstellungen |
| 1. Halbjahr 2023 | 132.747 | 36.666 | 22.038 | 21.983 | 55 |
| Januar – August 2023 | 175.474 | 46.534 | 26.165 | 26.076 | 89 |

| Zeitraum | Entscheidungen gesamt | | |
|----------------------|-------------------------------|--------|-------|
| | davon formelle Entscheidungen | | |
| | davon Schutz im Mitgliedstaat | | |
| 1. Halbjahr 2023 | 132.747 | 36.666 | 2.247 |
| Januar – August 2023 | 175.474 | 46.534 | 3.649 |

13. Wie viele Übernahmersuchen, Zustimmungen bzw. Überstellungen (bitte differenzieren) im Rahmen des Dublin-Systems gab es im bisherigen Jahr 2023 bzw. im ersten Halbjahr 2023 durch bzw. an Deutschland (bitte auch nach Ländern differenzieren und die jeweiligen Überstellungsquoten nennen; bitte in einer gesonderten Tabelle darstellen, wie über Ersuchen anderer Mitgliedstaaten durch das BAMF in den genannten Zeiträumen entschieden wurde, und nach Gründen bzw. Rechtsgrundlage der Dublin-Verordnung differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

| 1. Halbjahr 2023 | Übernahmersuchen an die Mitgliedstaaten | | | Übernahmersuchen von Mitgliedstaaten | | |
|------------------|---|--------------|-------------------------|--------------------------------------|--------------|-------------------------|
| | Übernahmersuchen | Zustimmungen | erfolgte Überstellungen | Übernahmersuchen | Zustimmungen | erfolgte Überstellungen |
| Österreich | 4.602 | 3.413 | 823 | 442 | 269 | 175 |
| Belgien | 582 | 375 | 93 | 1.101 | 700 | 215 |
| Bulgarien | 3.955 | 2.475 | 109 | 35 | 19 | 18 |
| Schweiz | 752 | 339 | 55 | 706 | 480 | 256 |
| Zypern | 157 | 105 | 5 | 89 | 44 | 17 |
| Tschechien | 207 | 204 | 32 | 35 | 18 | 7 |
| Dänemark | 157 | 75 | 24 | 99 | 70 | 51 |
| Estland | 66 | 57 | 2 | 1 | 0 | 1 |
| Spanien | 2.083 | 1.483 | 254 | 25 | 8 | 0 |

| 1. Halbjahr 2023 | Übernahmeersuchen an die Mitgliedstaaten | | | Übernahmeersuchen von Mitgliedstaaten | | |
|------------------|--|--------------|-------------------------|---------------------------------------|--------------|-------------------------|
| | Übernahmeersuchen | Zustimmungen | erfolgte Überstellungen | Übernahmeersuchen | Zustimmungen | erfolgte Überstellungen |
| Finnland | 129 | 104 | 29 | 28 | 25 | 18 |
| Frankreich | 2.983 | 1.335 | 270 | 2.725 | 1.535 | 532 |
| Griechenland | 3.465 | 43 | 1 | 165 | 95 | 31 |
| Kroatien | 6.992 | 6.256 | 137 | 7 | 2 | 1 |
| Ungarn | 202 | 98 | 5 | 9 | 5 | 4 |
| Irland | 10 | 3 | 2 | 32 | 17 | 0 |
| Island | 12 | 3 | 0 | 13 | 10 | 0 |
| Italien | 9.521 | 8.965 | 9 | 253 | 196 | 22 |
| Liechtenstein | 0 | 0 | 0 | 5 | 2 | 3 |
| Litauen | 169 | 178 | 34 | 2 | 3 | 2 |
| Luxemburg | 53 | 31 | 5 | 57 | 39 | 20 |
| Lettland | 347 | 192 | 14 | 4 | 0 | 0 |
| Malta | 176 | 172 | 16 | 5 | 2 | 1 |
| Niederlande | 888 | 528 | 107 | 1.114 | 869 | 344 |
| Norwegen | 82 | 26 | 11 | 54 | 35 | 35 |
| Polen | 1.174 | 1.022 | 218 | 48 | 40 | 33 |
| Portugal | 199 | 132 | 20 | 60 | 41 | 5 |
| Rumänien | 770 | 545 | 81 | 12 | 6 | 5 |
| Schweden | 836 | 582 | 89 | 118 | 89 | 67 |
| Slowenien | 294 | 197 | 25 | 17 | 3 | 5 |
| Slowakei | 143 | 62 | 3 | 29 | 5 | 7 |
| gesamt | 41.006 | 29.000 | 2.473 | 7.290 | 4.627 | 1.875 |

| Januar – August 2023 | Übernahmeersuchen an die Mitgliedstaaten | | | Übernahmeersuchen von Mitgliedstaaten | | |
|----------------------|--|--------------|-------------------------|---------------------------------------|--------------|-------------------------|
| | Übernahmeersuchen | Zustimmungen | erfolgte Überstellungen | Übernahmeersuchen | Zustimmungen | erfolgte Überstellungen |
| Österreich | 5.758 | 4.069 | 1.134 | 650 | 344 | 230 |
| Belgien | 787 | 521 | 127 | 1.427 | 930 | 336 |
| Bulgarien | 5.347 | 3.134 | 154 | 43 | 21 | 22 |
| Schweiz | 994 | 444 | 79 | 972 | 663 | 352 |
| Zypern | 207 | 109 | 9 | 127 | 59 | 28 |
| Tschechien | 250 | 232 | 44 | 51 | 33 | 14 |
| Dänemark | 224 | 119 | 30 | 142 | 105 | 70 |
| Estland | 70 | 64 | 3 | 5 | 4 | 1 |
| Griechenland | 4.368 | 31 | 0 | 199 | 139 | 98 |
| Spanien | 2.568 | 1.882 | 338 | 33 | 10 | 1 |
| Finnland | 169 | 132 | 34 | 38 | 35 | 22 |
| Frankreich | 3.920 | 1.920 | 347 | 3.523 | 2.007 | 791 |

| Januar – August 2023 | Übernahmeersuchen an die Mitgliedstaaten | | | Übernahmeersuchen von Mitgliedstaaten | | |
|----------------------|--|--------------|-------------------------|---------------------------------------|--------------|-------------------------|
| | Übernahmeersuchen | Zustimmungen | erfolgte Überstellungen | Übernahmeersuchen | Zustimmungen | erfolgte Überstellungen |
| Kroatien | 10.576 | 9.544 | 189 | 9 | 2 | 3 |
| Ungarn | 258 | 128 | 5 | 10 | 6 | 4 |
| Irland | 10 | 3 | 2 | 51 | 24 | 0 |
| Island | 14 | 5 | 1 | 16 | 10 | 1 |
| Italien | 12.452 | 11.355 | 10 | 359 | 273 | 30 |
| Liechtenstein | 1 | 0 | 0 | 6 | 4 | 3 |
| Litauen | 208 | 216 | 42 | 7 | 7 | 4 |
| Luxemburg | 60 | 36 | 5 | 89 | 63 | 28 |
| Lettland | 477 | 340 | 23 | 4 | 2 | 0 |
| Malta | 224 | 182 | 19 | 6 | 2 | 1 |
| Niederlande | 1.202 | 718 | 167 | 1.603 | 1.244 | 481 |
| Norwegen | 114 | 36 | 14 | 90 | 66 | 41 |
| Polen | 1.515 | 1.336 | 277 | 60 | 50 | 41 |
| Portugal | 335 | 199 | 28 | 73 | 51 | 7 |
| Rumänien | 1.052 | 779 | 110 | 18 | 9 | 7 |
| Schweden | 1.069 | 765 | 142 | 167 | 130 | 93 |
| Slowenien | 360 | 247 | 35 | 20 | 4 | 7 |
| Slowakei | 214 | 85 | 3 | 40 | 11 | 7 |
| gesamt | 54.803 | 38.631 | 3.371 | 9.838 | 6.308 | 2.723 |

| 1. Halbjahr 2023 | |
|--|-------|
| Ablehnungen durch das BAMFan die Mitgliedstaaten | |
| gesamt | 2.708 |
| davon: | |
| Artikel 3 Absatz 2 Dublin-III | 1 |
| Artikel 8 Absatz 1 Dublin-III | 41 |
| Artikel 8 Absatz 2 Dublin-III | 28 |
| Artikel 8 Absatz 3 Dublin-III | 1 |
| Artikel 8 Absatz 4 Dublin-III | 30 |
| Artikel 9 Dublin-III | 22 |
| Artikel 10 Dublin-III | 23 |
| Artikel 11 Buchstabe a Dublin-III | 38 |
| Artikel 11 Buchstabe b Dublin-III | 10 |
| Artikel 12 Absatz 1 Dublin-III | 2 |
| Artikel 12 Absatz 2 Dublin-III | 7 |
| Artikel 12 Absatz 3 Dublin-III | 2 |
| Artikel 12 Absatz 4 Dublin-III | 66 |
| Artikel 13 Absatz 1 Dublin-III | 2 |
| Artikel 13 Absatz 2 Dublin-III | 6 |
| Artikel 14 Absatz 2 Dublin-II | 1 |
| Artikel 16 Absatz 1 Dublin-III | 1 |
| Artikel 17 Absatz 2 Dublin-III | 47 |
| Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe b Dublin-III | 38 |
| Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe d Dublin-III | 15 |

| 1. Halbjahr 2023 | |
|--|-------|
| Ablehnungen durch das BAMF an die Mitgliedstaaten | |
| Artikel 19 Absatz 1 Dublin-III | 1 |
| Artikel 19 Absatz 2 Dublin-III | 341 |
| Artikel 19 Absatz 3 Dublin-III | 269 |
| EURODAC-Treffer unvollständig | 55 |
| Kein Dublinfall (i. d. R., weil internationaler Schutz in Mitgliedstaat) | 236 |
| Verweis auf Zuständigkeit eines anderen Mitgliedstaats | 1.396 |
| Sonstige | 29 |

| 1. Halbjahr 2023 | |
|--|-------|
| Zustimmungen durch das BAMF an die Mitgliedstaaten | |
| gesamt | 4.627 |
| davon: | |
| Artikel 8 Absatz 1 Dublin-III | 75 |
| Artikel 8 Absatz 2 Dublin-III | 40 |
| Artikel 8 Absatz 3 Dublin-III | 1 |
| Artikel 8 Absatz 4 Dublin-III | 1 |
| Artikel 9 Dublin-III | 11 |
| Artikel 10 Dublin-III | 5 |
| Artikel 11 Buchstabe a Dublin-III | 5 |
| Artikel 11 Buchstabe b Dublin-III | 2 |
| Artikel 12 Absatz 1 Dublin-III | 40 |
| Artikel 12 Absatz 2 Dublin-III | 261 |
| Artikel 12 Absatz 3 Dublin-III | 5 |
| Artikel 12 Absatz 4 Dublin-III | 361 |
| Artikel 13 Absatz 1 Dublin-III | 2 |
| Artikel 13 Absatz 2 Dublin-III | 1 |
| Artikel 14 Absatz 1 Dublin-III | 1 |
| Artikel 16 Absatz 1 Dublin-III | 1 |
| Artikel 17 Absatz 2 Dublin-III | 35 |
| Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe a Dublin-III | 56 |
| Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe b Dublin-III | 1.389 |
| Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe c Dublin-III | 247 |
| Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe d Dublin-III | 2.066 |
| Artikel 19 Absatz 2 Dublin-III | 1 |
| Artikel 19 Absatz 3 Dublin-III | 2 |
| Artikel 20 Absatz 5 Dublin-III | 12 |
| Artikel 22 Absatz 7 Dublin-III | 2 |
| Artikel 25 Absatz 2 Dublin-III | 5 |

| Januar – August 2023 | |
|---|-------|
| Ablehnungen durch das BAMF an die Mitgliedstaaten | |
| gesamt | 3.568 |
| davon: | |
| Artikel 3 Absatz 2 Dublin-III | 2 |
| Artikel 8 Absatz 1 Dublin-III | 49 |
| Artikel 8 Absatz 2 Dublin-III | 31 |
| Artikel 8 Absatz 4 Dublin-III | 36 |
| Artikel 9 Dublin-III | 30 |
| Artikel 10 Dublin-III | 16 |
| Artikel 11 Buchstabe a Dublin-III | 41 |
| Artikel 11 Buchstabe b Dublin-III | 12 |

| Januar – August 2023 | |
|--|-------|
| Ablehnungen durch das BAMF an die Mitgliedstaaten | |
| Artikel 12 Absatz 1 Dublin-III | 2 |
| Artikel 12 Absatz 2 Dublin-III | 15 |
| Artikel 12 Absatz 3 Dublin-III | 2 |
| Artikel 12 Absatz 4 Dublin-III | 74 |
| Artikel 13 Absatz 1 Dublin-III | 4 |
| Artikel 13 Absatz 2 Dublin-III | 8 |
| Artikel 14 Absatz 2 Dublin-III | 1 |
| Artikel 16 Absatz 1 Dublin-III | 7 |
| Artikel 17 Absatz 2 Dublin-III | 50 |
| Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe b Dublin-III | 76 |
| Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe d Dublin-III | 17 |
| Artikel 18 Absatz 2 Dublin-III | 1 |
| Artikel 19 Absatz 1 Dublin-III | 1 |
| Artikel 19 Absatz 2 Dublin-III | 437 |
| Artikel 19 Absatz 3 Dublin-III | 347 |
| EURODAC-Treffer unvollständig | 80 |
| Kein Dublinfall (i. d. R., weil internationaler Schutz in Mitgliedstaat) | 310 |
| Verweis auf Zuständigkeit eines anderen Mitgliedstaats | 1.871 |
| Sonstige | 48 |

| Januar – August 2023 | |
|--|-------|
| Zustimmungen durch das BAMF an die Mitgliedstaaten | |
| gesamt | 6.308 |
| davon: | |
| Artikel 8 Absatz 1 Dublin-III | 91 |
| Artikel 8 Absatz 2 Dublin-III | 47 |
| Artikel 8 Absatz 3 Dublin-III | 1 |
| Artikel 8 Absatz 4 Dublin-III | 1 |
| Artikel 9 Dublin-III | 19 |
| Artikel 10 Dublin-III | 14 |
| Artikel 11 Buchstabe a Dublin-III | 7 |
| Artikel 11 Buchstabe b Dublin-III | 3 |
| Artikel 12 Absatz 1 Dublin-III | 59 |
| Artikel 12 Absatz 2 Dublin-III | 344 |
| Artikel 12 Absatz 3 Dublin-III | 5 |
| Artikel 12 Absatz 4 Dublin-III | 461 |
| Artikel 13 Absatz 1 Dublin-III | 6 |
| Artikel 13 Absatz 2 Dublin-III | 1 |
| Artikel 14 Absatz 1 Dublin-III | 1 |
| Artikel 16 Absatz 1 Dublin-III | 1 |
| Artikel 17 Absatz 2 Dublin-III | 76 |
| Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe a Dublin-III | 61 |
| Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe b Dublin-III | 1.963 |
| Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe c Dublin-III | 341 |
| Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe d Dublin-III | 2.766 |
| Artikel 19 Absatz 3 Dublin-III | 1 |
| Artikel 20 Absatz 5 Dublin-III | 32 |
| Artikel 22 Absatz 7 Dublin-III | 2 |
| Artikel 25 Absatz 2 Dublin-III | 5 |

14. Wie viele Zustimmungen zur Übernahme von Geflüchteten durch andere Mitgliedstaaten basierten im bisherigen Jahr 2023 auf Zustimmungen durch Fristablauf nach Artikel 22 Absatz 7 bzw. Artikel 25 Absatz 2 Dublin-VO (bitte im Verhältnis zu allen Zustimmungen angeben und nach beiden Rechtsgrundlagen, differenziert nach Mitgliedstaaten, differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

| Januar – August 2023 | Zustimmungen der Mitgliedstaaten | | | | | Zustimmungen Deutschlands | | | | |
|----------------------------|--------------------------------------|---------------|--------------------------------------|---------------|--------------------------------------|---------------------------|--------------------------------------|---------------|---|-----|
| | darunter | | darunter | | darunter | | darunter | | | |
| | Artikel 22 Absatz 7 Dublin-III-VO | | Artikel 25 Absatz 2 Dublin-III-VO | | Artikel 22 Absatz 7 Dublin-III-VO | | Artikel 25 Absatz 2 Dublin-III-VO | | | |
| | absolut | in Prozent | absolut | in Prozent | absolut | in Prozent | absolut | in Prozent | | |
| Österreich | 4.069 | 28 | 0,7 | 2.831 | 69,6 | 344 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 |
| Belgien | 521 | 1 | 0,2 | 7 | 1,3 | 930 | 0 | 0,0 | 1 | 0,1 |
| Bulgarien | 3.134 | 0 | 0,0 | 32 | 1,0 | 21 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 |
| Schweiz | 444 | 0 | 0,0 | 8 | 1,8 | 663 | 0 | 0,0 | 1 | 0,2 |
| Zypern | 109 | 5 | 4,6 | 76 | 69,7 | 59 | 1 | 1,7 | 0 | 0,0 |
| Tschechien | 232 | 0 | 0,0 | 1 | 0,4 | 33 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 |
| Dänemark | 119 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 105 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 |
| Estland | 64 | 0 | 0,0 | 1 | 1,6 | 4 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 |
| Griechen- land | 31 | 16 | 51,6 | 11 | 35,5 | 139 | 1 | 0,7 | 0 | 0,0 |
| Spanien | 1.882 | 13 | 0,7 | 10 | 0,5 | 10 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 |
| Finnland | 132 | 1 | 0,8 | 4 | 3,0 | 35 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 |
| Frankreich | 1.920 | 164 | 8,5 | 195 | 10,2 | 2.007 | 0 | 0,0 | 3 | 0,1 |
| Kroatien | 9.544 | 77 | 0,8 | 628 | 6,6 | 2 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 |
| Ungarn | 128 | 1 | 0,8 | 0 | 0,0 | 6 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 |
| Irland | 3 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 24 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 |
| Island | 5 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 10 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 |
| Italien | 11.355 | 7.398 | 65,2 | 1.249 | 11,0 | 273 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 |
| Liechten- stein | 0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 4 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 |
| Litauen | 216 | 21 | 9,7 | 19 | 8,8 | 7 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 |
| Luxemburg | 36 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 63 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 |
| Lettland | 340 | 0 | 0,0 | 3 | 0,9 | 2 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 |
| Malta | 182 | 2 | 1,1 | 1 | 0,5 | 2 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 |
| Niederlande | 718 | 3 | 0,4 | 6 | 0,8 | 1.244 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 |
| Norwegen | 36 | 0 | 0,0 | 1 | 2,8 | 66 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 |
| Polen | 1.336 | 1 | 0,1 | 0 | 0,0 | 50 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 |
| Portugal | 199 | 3 | 1,5 | 9 | 4,5 | 51 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 |
| Rumänien | 779 | 1 | 0,1 | 26 | 3,3 | 9 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 |
| Schweden | 765 | 0 | 0,0 | 3 | 0,4 | 130 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 |
| Slowenien | 247 | 0 | 0,0 | 2 | 0,8 | 4 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 |
| Slowakei | 85 | 0 | 0,0 | 3 | 3,5 | 11 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 |
| gesamt | 38.631 | 7.735 | 20,0 | 5.126 | 13,3 | 6.308 | 2 | 0,0 | 5 | 0,1 |

15. Wie lauten nach Kenntnis der Bundesregierung die statistischen Daten zu Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen in Dublin-Verfahren für das bisherige Jahr 2023, und in wie vielen dieser Fälle wurde anschließend ein Asylprüfverfahren in Deutschland durchgeführt (bitte jeweils auch die Gesamtsummen für alle Verfahren nennen und zudem nach Zielstaaten differenzieren; wie ist die zweite Tabelle der Antwort zu Frage 21 auf Bundestagsdrucksache 20/5868 zu lesen, da dort, je nach Zielstaat, mehr oder weniger nationale Verfahren als positive Entscheidungen in Gerichtsverfahren benannt werden, was erklärungsbedürftig erscheint)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

| Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen im Dublin-Verfahren | | | |
|---|-----------|--------------|--------|
| 01.01. – 31.07.2023 (Stand: 15.09.2023) | abgelehnt | stattgegeben | Gesamt |
| Belgien | 60 | 5 | 65 |
| Bulgarien | 457 | 83 | 540 |
| Dänemark | 25 | 3 | 28 |
| Estland | 23 | 5 | 28 |
| Finnland | 44 | 3 | 47 |
| Frankreich | 333 | 28 | 361 |
| Griechenland | 2 | 2 | 4 |
| Italien | 917 | 1.374 | 2.291 |
| Kroatien | 1.148 | 363 | 1.511 |
| Lettland | 59 | 7 | 66 |
| Litauen | 116 | 227 | 343 |
| Luxemburg | 3 | 0 | 3 |
| Malta | 25 | 4 | 29 |
| Niederlande | 87 | 10 | 97 |
| Norwegen | 6 | 0 | 6 |
| Österreich | 673 | 27 | 700 |
| Polen | 329 | 54 | 383 |
| Portugal | 43 | 1 | 44 |
| Rumänien | 165 | 10 | 175 |
| Schweden | 102 | 4 | 106 |
| Schweiz | 46 | 10 | 56 |
| Slowakei | 2 | 0 | 2 |
| Slowenien | 65 | 11 | 76 |
| Spanien | 289 | 18 | 307 |
| Tschechien | 52 | 2 | 54 |
| Ungarn | 8 | 12 | 20 |
| Zypern | 15 | 11 | 26 |

| Anzahl der nationalen Verfahren nach gescheitertem Dublin-Verfahren (Stand: 17.09.2023), denen Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen im Dublin-Verfahren vorausgegangen sind 01.01. – 31.07.2023 (Stand: 15.09.2023) | | darunter Stattgabe in der Gerichtsentscheidung zum Eilantrag im Dublin-Verfahren |
|--|-----|--|
| Belgien | 4 | 1 |
| Bulgarien | 69 | 15 |
| Dänemark | 1 | 0 |
| Estland | 1 | 0 |
| Frankreich | 25 | 2 |
| Italien | 292 | 120 |
| Kroatien | 90 | 1 |
| Litauen | 18 | 11 |
| Malta | 1 | 0 |
| Niederlande | 10 | 5 |
| Österreich | 60 | 2 |
| Polen | 13 | 4 |
| Portugal | 4 | 0 |
| Rumänien | 14 | 0 |
| Schweden | 5 | 0 |
| Schweiz | 3 | 0 |
| Slowenien | 8 | 0 |
| Spanien | 12 | 1 |
| Ungarn | 1 | 1 |
| Zypern | 5 | 5 |

Ein stattgebender Beschluss im Eilrechtsschutzverfahren (gemäß § 80 Absatz 5 und 7, § 123 der Verwaltungsgerichtsordnung) führt nicht zwangsläufig zur Beendigung des Dublin-Verfahrens und einer Entscheidung im nationalen Asylverfahren, mithin über die materielle Begründetheit des Asylantrags. Insoweit wird lediglich die aufschiebende Wirkung der Klage in der Hauptsache angeordnet und die Überstellungsfrist unterbrochen.

Die in der Tabelle angegebene Zahl je Mitgliedstaat stellt daher die Gesamtzahl der Verfahren dar, in denen eine Gerichtsentscheidung zu Eilanträgen im Dublin-Verfahren getroffen wurde und die in das nationale Verfahren nach gescheitertem Dublin-Verfahren übergegangen sind. Ob der Übergang in das nationale Verfahren auf der Gerichtsentscheidung beruht oder auf anderen Gründen (z. B. Ausübung des Selbsteintrittsrechts), ist statistisch nicht auswertbar. Ergänzend wurden deshalb die Stattgaben in den Eilverfahren ausgewiesen.

16. In wie vielen Fällen wurde im bisherigen Jahr 2023 bei Asylsuchenden festgestellt, dass Griechenland nach der Dublin-Verordnung zuständig ist (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenziert angeben und nach gestellten Übernahmesuchen und Selbsteintritten differenzieren)?

Die nachfolgende Tabelle enthält die Anzahl der Fälle, in denen Griechenland nach der Dublin-III-Verordnung als zuständiger Mitgliedstaat bestimmt und ein Übernahmesuchen an Griechenland gerichtet wurde.

| Übernahmeersuchen an Griechenland Januar – August 2023 | |
|---|-------------------|
| Herkunftsländer | Übernahmeersuchen |
| gesamt: | 4.368 |
| darunter: | |
| Syrien, Arabische Republik | 1.456 |
| Afghanistan | 713 |
| Türkei | 432 |
| Irak | 382 |
| Armenien | 339 |
| Somalia | 214 |
| Iran, Islamische Republik | 127 |
| Ungeklärt | 111 |
| Nigeria | 87 |
| Pakistan | 72 |

Der nachfolgenden Tabelle ist die Anzahl der Verfahren zu entnehmen, in denen zunächst Griechenland als zuständiger Mitgliedstaat bestimmt und dann das Selbsteintrittsrechts ausgeübt wurde.

| SER nach Feststellung der Zuständigkeit Griechenlands Januar – August 2023 | |
|---|-----|
| Herkunftsländer | SER |
| gesamt: | 1 |
| Irak | 1 |

- a) Wie viele schriftliche einzelfallbezogene Zusicherungen der griechischen Behörden in Bezug auf eine Aufnahme und ein Asylverfahren nach EU-Recht wurden im bisherigen Jahr 2023 für wie viele Personen ausgesprochen, und inwieweit hält das BAMF solche Zusicherungen als Voraussetzung für Überstellungen nach Griechenland für erforderlich (bitte begründen)?

Im bisherigen Jahr 2023 (Stand: 25. August 2023) erteilten die griechischen Behörden keine individuelle Zusicherung im Sinne der Fragestellung.

Nach Maßgabe der Empfehlung der Europäischen Kommission zu Dublin-Verfahren in Bezug auf Griechenland vom 8. Dezember 2016 sollen die Mitgliedstaaten vor einer Überstellung Schutzsuchender nach Griechenland eng mit den griechischen Behörden zusammenarbeiten, um zu gewährleisten, dass die zu überstellenden Personen in Griechenland im Einklang mit dem EU-Recht behandelt werden. Dies umfasst das Einholen einer individuellen Zusicherung zur richtlinienkonformen Unterbringung der zu überstellenden Person gemäß der Richtlinie 2013/33/EU sowie Zugangs zum Asylverfahren gemäß der Richtlinie 2013/32/EU.

- b) Welche konkreten Erkenntnisse hat das BAMF über den Verbleib, die Unterbringung und das weitere Asylverfahren von gegebenenfalls im Verlauf des Jahres 2023 nach Griechenland Zurücküberstellten (bitte ausführen)?

Im bisherigen Jahr 2023 (Stand: 31. August 2023) erfolgte keine Überstellung im Rahmen des Dublin-Verfahrens nach Griechenland, sodass dem BAMF auch keine konkreten einzelfallbezogenen Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vorliegen.

17. Wie lange war die Dauer von Dublin-Verfahren im bisherigen Jahr 2023, und wie lange war die Verfahrensdauer in Fällen, in denen nach der Feststellung, dass ein anderer EU-Staat für die Asylprüfung zuständig sei, dann doch ein Prüfverfahren in nationaler Zuständigkeit durchgeführt wurde, um wie viele Fälle handelt es sich hierbei, und wie ist das inhaltliche Ergebnis der Prüfverfahren in diesen Fällen (bitte nach den wichtigsten Herkunftsländern differenziert darstellen)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

| Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Dublin-Verfahren in Monaten | |
|--|-----|
| Januar – August 2023 | 3,1 |

| Durchschnittliche Bearbeitungsdauer seit Asylantragstellung bei Übergang ins nationale Verfahren nach gescheitertem Dublin-Verfahren | | |
|--|------------------|-----------------------|
| | Dauer in Monaten | Anzahl Entscheidungen |
| Januar – August 2023 | 15,2 | 11.872 |
| darunter: | | |
| Afghanistan | 12,8 | 3.810 |
| Syrien, Arabische Republik | 6,5 | 2.925 |
| Irak | 19,2 | 968 |
| Iran, Islamische Republik | 28,1 | 446 |
| Nigeria | 37,6 | 418 |
| Türkei | 10,3 | 396 |
| Russische Föderation | 28,0 | 241 |
| Pakistan | 16,5 | 222 |
| Tunesien | 12,7 | 179 |
| Libyen | 14,2 | 152 |

| Januar – August 2023 | Anerkennung | Flüchtlingsschutz gem. § 3 Absatz 1 AsylG | subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 AsylG | Abschiebungsverbot gem. § 60 Absatz 5 oder 7 AufenthG | Ablehnung | sonst. Verfahrenserledigungen | Entscheidungen gesamt |
|----------------------------|-------------|---|--|---|-----------|-------------------------------|-----------------------|
| gesamt | 29 | 2.582 | 3.025 | 1.878 | 3.009 | 1.349 | 11.872 |
| darunter: | | | | | | | |
| Afghanistan | 11 | 2.064 | 102 | 1.562 | 14 | 57 | 3.810 |
| Syrien, Arabische Republik | 0 | 66 | 2.752 | 57 | 1 | 49 | 2.925 |
| Irak | 0 | 17 | 17 | 84 | 610 | 240 | 968 |

| Januar – August 2023 | Anerkennung | Flüchtlingsschutz gem. § 3 Absatz 1 AsylG | subsidiärer Schutz gem. § 4 Absatz 1 AsylG | Abschiebungsverbot gem. § 60 Absatz 5 oder 7 AufenthG | Ablehnung | sonst. Verfahrenserledigungen | Entscheidungen gesamt |
|---------------------------|-------------|---|--|---|-----------|-------------------------------|-----------------------|
| Iran, Islamische Republik | 3 | 166 | 11 | 1 | 219 | 46 | 446 |
| Nigeria | 0 | 3 | 1 | 28 | 259 | 127 | 418 |
| Türkei | 0 | 25 | 11 | 7 | 309 | 44 | 396 |
| Russische Föderation | 8 | 19 | 13 | 2 | 127 | 72 | 241 |
| Pakistan | 0 | 18 | 0 | 6 | 173 | 25 | 222 |
| Tunesien | 0 | 2 | 0 | 0 | 126 | 51 | 179 |
| Libyen | 0 | 8 | 14 | 0 | 116 | 14 | 152 |

Anmerkung: Die statistische Erfassung der Verfahren, in denen die Bundesrepublik Deutschland zu einem späteren Zeitpunkt zuständig für die Prüfung des Asylantrags geworden ist, wurde mit Änderung der Rechtslage (§ 24 Absatz 4 bis 8 des Asylgesetzes – AsylG) zu Beginn 2023 geändert. Die Verfahrensdauer wird nunmehr erst ab dem Zeitpunkt berechnet, ab dem Deutschland zuständiger Mitgliedstaat für die Prüfung des Asylantrags wurde. Ein Vergleich zu entsprechenden Statistiken aus den Vorjahren ist daher nicht mehr möglich.

18. Wie viele Übernahmeersuchen der griechischen Behörden an Deutschland im Rahmen der Familienzusammenführungsregelungen nach der Dublin-Verordnung und wie viele entsprechende Überstellungen nach Deutschland gab es im bisherigen Jahr 2023 (bitte auch nach Quartalen auflisten)?

Mit welcher Begründung bzw. auf welcher Rechtsgrundlage wurde diesen Ersuchen stattgegeben bzw. wurden sie abgelehnt?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden (Stand: 25. August 2023).

| Ersuchen von Griechenland | Januar – August 2023 | 1. Quartal 2023 | 2. Quartal 2023 |
|--|----------------------|-----------------|-----------------|
| gesamt: | 199 | 91 | 71 |
| darunter | | | |
| familiäre Gründe: | | | |
| Artikel 8 Absatz 1 Dublin-III | 71 | 40 | 22 |
| Artikel 8 Absatz 2 Dublin-III | 24 | 15 | 9 |
| Artikel 8 Absatz 3 Dublin-III | 2 | 2 | 0 |
| Artikel 9 Dublin-III | 28 | 14 | 9 |
| Artikel 10 Dublin-III | 18 | 3 | 11 |
| Artikel 17 Absatz 2 Unterabs. 1 Dublin-III | 32 | 6 | 12 |

| Erfolgte Überstellungen aus Griechenland an Deutschland | Januar – August 2023 | 1. Quartal 2023 | 2. Quartal 2023 |
|---|----------------------|-----------------|-----------------|
| gesamt | 98 | 1 | 30 |
| Darunter aus familiären Gründen: | | | |
| Artikel 8 Absatz 1 Dublin-III | 48 | 0 | 13 |
| Artikel 8 Absatz 2 Dublin-III | 24 | 0 | 8 |
| Artikel 8 Absatz 3 Dublin-III | 1 | 0 | 0 |
| Artikel 9 Dublin-III | 8 | 1 | 3 |
| Artikel 10 Dublin-III | 2 | 0 | 1 |
| Artikel 17 Absatz 2 Dublin-III | 14 | 0 | 4 |

| Zustimmungen des BAMF auf Ersuchen aus Griechenland an Deutschland | Januar – August 2023 | 1. Quartal 2023 | 2. Quartal 2023 |
|--|----------------------|-----------------|-----------------|
| gesamt | 139 | 56 | 39 |
| Darunter aus familiären Gründen: | | | |
| Artikel 8 Absatz 1 Dublin-III | 57 | 32 | 18 |
| Artikel 8 Absatz 2 Dublin-III | 26 | 14 | 8 |
| Artikel 8 Absatz 3 Dublin-III | 1 | 1 | 0 |
| Artikel 9 Dublin-III | 14 | 5 | 3 |
| Artikel 10 Dublin-III | 11 | 0 | 2 |
| Artikel 17 Absatz 2 Dublin-III | 27 | 2 | 8 |

| Ablehnungen des BAMF auf Ersuchen aus Griechenland an Deutschland | Januar – August 2023 | 1. Quartal 2023 | 2. Quartal 2023 |
|---|----------------------|-----------------|-----------------|
| gesamt | 101 | 59 | 63 |
| Darunter aus familiären Gründen: | | | |
| Artikel 8 Absatz 1 Dublin-III | 26 | 18 | 15 |
| Artikel 8 Absatz 2 Dublin-III | 19 | 12 | 11 |
| Artikel 8 Absatz 4 Dublin-III | 2 | 0 | 2 |
| Artikel 9 Dublin-III | 14 | 8 | 6 |
| Artikel 10 Dublin-III | 5 | 0 | 14 |
| Artikel 17 Absatz 2 Dublin-III | 10 | 8 | 5 |

19. Wie viele Remonstrationen (Wiedervorlagen) durch Griechenland nach einer Ablehnung durch das BAMF mit welchem Ergebnis gab es im bisherigen Jahr 2023 in Bezug auf Ersuchen an bzw. Überstellungen nach Deutschland, insbesondere im Rahmen der Familienzusammenführung nach der Dublin-Verordnung (bitte auch nach Quartalen auflisten)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

| Remonstrationen von Griechenland | Januar – August 2023 | 1. Quartal 2023 | 2. Quartal 2023 |
|--|----------------------|-----------------|-----------------|
| gesamt | 81 | 22 | 33 |
| Darunter familiäre Gründe: | | | |
| Artikel 8 Absatz 1 Dublin-III | 29 | 8 | 10 |
| Artikel 8 Absatz 2 Dublin-III | 16 | 7 | 8 |
| Artikel 9 Dublin-III | 6 | 1 | 3 |
| Artikel 10 Dublin-III | 13 | 0 | 7 |
| Artikel 16 Absatz 1 Dublin-III | 2 | 0 | 2 |
| Artikel 17 Absatz 2 Unterabs. 1 Dublin-III | 13 | 5 | 3 |

| Antworten des BAMF auf Remonstrationen von Griechenland | | |
|---|-------------|--------------|
| Januar – August 2023 | Ablehnungen | Zustimmungen |
| gesamt | 39 | 50 |
| Darunter familiäre Gründe: | | |
| Artikel 8 Absatz 1 Dublin-III | 15 | 20 |
| Artikel 8 Absatz 2 Dublin-III | 8 | 8 |
| Artikel 9 Dublin-III | 5 | 1 |
| Artikel 10 Dublin-III | 3 | 7 |
| Artikel 17 Absatz 2 Dublin-III | 4 | 13 |

| Antworten des BAMF auf Remonstrationen von Griechenland | | |
|---|-------------|--------------|
| 1. Quartal 2023 | Ablehnungen | Zustimmungen |
| gesamt | 11 | 20 |
| darunter familiäre Gründe: | | |
| Artikel 8 Absatz 1 Dublin-III | 3 | 12 |
| Artikel 8 Absatz 2 Dublin-III | 3 | 4 |
| Artikel 9 Dublin-III | 0 | 1 |
| Artikel 17 Absatz 2 Dublin-III | 5 | 2 |

| Antworten des BAMF auf Remonstrationen von Griechenland | | |
|---|-------------|--------------|
| 2. Quartal 2023 | Ablehnungen | Zustimmungen |
| gesamt | 27 | 16 |
| Darunter familiäre Gründe: | | |
| Artikel 8 Absatz 1 Dublin-III | 9 | 7 |
| Artikel 8 Absatz 2 Dublin-III | 6 | 3 |
| Artikel 9 Dublin-III | 3 | 0 |
| Artikel 10 Dublin-III | 3 | 1 |
| Artikel 17 Absatz 2 Dublin-III | 3 | 5 |

20. Gibt es interne Verfahrenshinweise oder Weisungsvorgaben im BAMF zur Umsetzung des Urteils des Verwaltungsgerichts (VG) Berlin vom 5. Januar 2023 (39 K 320.19 A, in: Asylmagazin 5/2023, S. 173 f.), soweit es jenseits des konkreten Einzelfalls darum geht, dass grundsätzlich die Belange des Privat- und Familienlebens und des Kindeswohls bei der Frage, ob das BAMF vom Selbsteintrittsrecht Gebrauch macht, berücksichtigt werden müssen, ansonsten ist ein Bescheid ermessensfehlerhaft und damit rechtswidrig?
- Wenn ja, bitte die entsprechende Weisungsvorgabe mit Datum und Inhalt nennen, wenn nein, warum nicht, auch vor dem Hintergrund, dass, soweit dies aus den Entscheidungsgründen des Gerichts hervorgeht (vgl. a. a. O.), nach Auffassung der Fragestellenden die Nichtanwendung des Selbsteintrittsrechts im konkreten Fall grob fahrlässig und ersichtlich gegen das Kindeswohl gerichtet war, sodass vergleichbare Fehlentscheidungen nach ihrer Auffassung durch entsprechendes klare Weisungsvorgaben verhindert werden sollten (bitte begründen)?
 - Entsprach die ablehnende Entscheidung des vom VG Berlin als rechtswidrig aufgehobenen Bescheides (a. a. O.) den internen Vorgaben im BAMF für solche Fallkonstellationen, wenn ja, welche Schlussfolgerungen werden hieraus gezogen, insbesondere in Bezug auf diese internen (oder fehlende) Vorgaben, und wenn nein, wieso konnte der Bescheid trotz interner Kontrollmaßnahmen zur Qualitätssicherung erlassen und zugestellt werden (bitte jeweils ausführen)?

- c) Gibt es innerhalb des BAMF Weisungsvorgaben dazu, dass die Folgen einer Entwurzelung von Kindern, die bereits beachtliche Integrationsleistungen erbracht haben, bei der Ausübung des Selbsteintrittsrechts berücksichtigt werden müssen, wenn ja, welche, und wenn nein, warum nicht (bitte ausführen)?
- d) Stimmt die Bundesregierung vor dem Hintergrund des benannten Urteils des VG Berlin (a. a. O.) und des entsprechenden rechtswidrigen Bescheids des BAMF der Auffassung der Fragestellenden zu, dass es für Entscheidungen zur Ausübung des Selbsteintrittsrechts offenbar konkretere Weisungsvorgaben, zumindest für bestimmte Fallkonstellationen und zur Berücksichtigung des Kindeswohls und des Rechts auf Privat- und Familienleben, geben sollte, und dass es nicht ausreichend ist, wenn in allgemeiner Form auf individuelle Prüfungen des Einzelfalls und das abstrakte Kriterium eines „unzumutbaren Härtefalls“ verwiesen wird (so aber die Bundesregierung in ihren Antworten jeweils zu Frage 26 auf den Bundestagsdrucksachen 20/4197 und 19/30849; bitte begründen)?

Die Fragen 20 bis 20d werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Das BAMF hat das seitens der Fragesteller genannte Urteil zur Kenntnis genommen.

Bei der Prüfung des Selbsteintrittsrechts nach Artikel 17 Absatz 1 Dublin-III-Verordnung im Rahmen des Dublin-Verfahrens handelt es sich um eine Ermessensklausel, nach der sich der unzuständige Mitgliedstaat für die Prüfung des Asylverfahrens zuständig erklären und die Prüfung der materiellen Asylgründe übernehmen kann. Es handelt sich dabei stets um eine individuelle Einzelfallprüfung. Die Ausübung des Selbsteintrittsrechts erfolgt grundsätzlich restriktiv, da andernfalls das Zuständigkeitssystem der europaweit unmittelbar geltenden Dublin-III-Verordnung unterlaufen werden würde. Folglich wird das Selbsteintrittsrecht nur in begründeten Ausnahmefällen und zur Vermeidung besonderer humanitärer Härten ausgeübt. Grundlage der Entscheidung über den Selbsteintritt sind vorgetragene Härtefallgründe, aber auch Hinweise, Indizien und Beweise im Hinblick auf Überstellungshindernisse. Bei der Prüfung des Selbsteintrittsrechts werden demnach auch Belange des Privat- und Familienlebens und des Kindeswohls berücksichtigt, sofern diese im Einzelfall vorliegen. Es handelt sich insoweit stets um eine Prüfung des individuellen Einzelfalls. Ein die Zuständigkeit der Bundesrepublik Deutschland begründendes Abhängigkeitsverhältnis verlangt dabei die Darlegung der besonderen Hilfsbedürftigkeit. Diese muss durch Antragstellende vorgetragen und in geeigneter Weise (bspw. durch Atteste oder behördliche Schreiben) nachgewiesen werden.

Die Qualitätssicherung des BAMF wird in der Regel durch ein Vier-Augen-Prinzip sichergestellt. Fortlaufend wird zudem die zu Dublin-Verfahren ergangene Rechtsprechung beobachtet und ausgewertet und in die Entscheidungspraxis des BAMF eingebracht. Integrationsbemühungen werden positiv bewertet, führen aber für sich allein genommen noch nicht zu der Ausübung des Selbsteintrittsrechtes nach Artikel 17 Absatz 1 Dublin-III-VO.

21. In wie vielen Fällen scheiterte im bisherigen Jahr 2023 eine fristgerechte Überstellung von Deutschland aus (bitte auch nach den wichtigsten Herkunfts- und Mitgliedstaaten differenzieren), und was waren die wichtigsten Gründe hierfür (bitte ausführen und zumindest Einschätzungen geben; hierzu fehlten Angaben in der Antwort zu Frage 26 auf Bundestagsdrucksache 20/5868)?

Im bisherigen Jahr 2023 scheiterten fristgerechte Überstellungen bei 24 192 Personen, die aus Deutschland in einen anderen Mitgliedstaat überstellt werden sollten (Stand: 11. September 2023). Die Gründe können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

| Gescheiterte Überstellungen Januar – August 2023 nach Gründen (Stand: 11.09.2023) | |
|---|--------|
| gesamt | 24.192 |
| davon: | |
| Mitgliedstaat | 5.296 |
| Ausländerbehörde | 5.060 |
| Untergetaucht | 2.964 |
| Organisatorisches | 2.307 |
| Nicht angetroffen | 2.151 |
| Verwaltungsgerichtsverfahren | 1.892 |
| Kirchenasyl | 1.465 |
| Sonstiges | 940 |
| Fehlende Flugverbindung | 648 |
| Reiseunfähigkeit/Krankheit | 482 |
| Ausreise ins Herkunftsland | 385 |
| Selbsteintrittsrecht | 346 |
| Renitenz | 164 |
| Suizidversuch/Selbstverletzung | 34 |
| Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union | 32 |
| Fehlende Sicherheitsbegleitung | 12 |
| Fehlende Arztbegleitung/Untersuchung | 10 |
| Corona | 4 |

| Gescheiterte Überstellungen Januar – August 2023 nach Herkunftsland (Stand: 11.09.2023) | |
|---|--------|
| gesamt | 24.192 |
| davon: | |
| Afghanistan | 5.853 |
| Syrien, Arabische Republik | 5.053 |
| Irak | 2.283 |
| Türkei | 1.973 |
| Iran, Islamische Republik | 1.126 |
| Russische Föderation | 1.033 |
| Algerien | 549 |
| Tunesien | 531 |
| Nigeria | 530 |
| Ungeklärt | 406 |

| Gescheiterte Überstellungen Januar – August 2023 nach dem Mitgliedstaat der Zustimmung (Stand: 11.09.2023) | |
|--|--------|
| gesamt | 24.192 |
| darunter: | |
| Italien | 8.461 |
| Österreich | 2.861 |
| Kroatien | 2.555 |
| Bulgarien | 2.371 |
| Spanien | 1.287 |
| Frankreich | 1.157 |
| Polen | 1.099 |
| Litauen | 803 |
| Schweden | 702 |
| Rumänien | 675 |

22. Wie ist der aktuelle Stand in Bezug auf die Frage (un)möglicher Überstellungen nach Italien (bitte so konkret wie möglich ausführen, vgl. Antwort zu Frage 27 auf Bundestagsdrucksache 20/5868)?

Auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 27 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 20/5868 wird verwiesen. Die Bundesregierung steht weiterhin mit ihren europäischen Partnern, insbesondere auch mit Italien, auf unterschiedlichen Ebenen hierzu in Kontakt.

23. Wie werden Überstellungen nach Ungarn durch Deutschland gerechtfertigt (acht waren es im Jahr 2022, siehe Vorbemerkung der Fragesteller), trotz diverser EU-Vertragsverletzungsverfahren und Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs gegen Ungarn im Asylbereich und obwohl Ungarn sich nach Auffassung der Fragestellenden offen gegen die Aufnahme von (bestimmten) Schutzsuchenden ausgesprochen hat und sie deshalb dort im Regelfall kein faires Verfahren und keine sichere Aufnahme finden können (vgl. beispielhaft: <https://www.dw.com/de/fl%C3%BChtlingspolitik-wie-ungarn-eu-recht-missachtet/a-56493701>, <https://www.sueddeutsche.de/politik/ungarn-fluechtlinge-migranten-asyl-eugh-1.5150671>; <https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-06/viktor-orban-eu-asyl-kompromiss-fluechtlinge>, bitte begründen)?

Auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 27 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 20/4197 wird verwiesen.

24. Wie viele Beschäftigte sind aktuell mit „Dublin-Verfahren“ im BAMF befasst bzw. in der Gruppe „Dublin-Verfahren“ tätig (bitte nach genauer Tätigkeit und jeweiliger Stellenzahl auflisten)?

In der Dublin-Gruppe des BAMF sind Personen im Umfang von 345,8 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) beschäftigt (Stand: 1. September 2023); hiervon 10,4 VZÄ im höheren Dienst, 179 VZÄ im gehobenen Dienst und 156,4 VZÄ im mittleren Dienst.

25. In welchem Umfang hat es im bisherigen Jahr 2023 welche Unterstützung des Bundes bei Überstellungen aus AnKER (Ankunft, Entscheidung und Rückführung)- oder funktionsgleichen Einrichtungen gegeben (bitte insbesondere Zahlen zu Amtshilfeleistungen durch die Bundespolizei bei Überstellungen, differenziert nach Einrichtung, nennen), und wird die Bundesregierung diese Unterstützungsleistungen einstellen, oder hat sie dies bereits getan, vor dem Hintergrund, dass nach einer Prüfung „das aktive Voranbringen des Anker-Konzepts durch das BMI zu beenden“ ist (Antwort zu Frage 29 auf Bundestagsdrucksache 20/6052), und wenn nein, warum nicht (bitte begründen)?

Die im Zeitraum 1. Januar bis 31. August 2023 von der Bundespolizei zugunsten der Länder geleistete Amtshilfetätigkeit kann der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

| BPOLD | Land | transportierte Personen | vollzogene Ausreisen |
|---------------|------|-------------------------|----------------------|
| Bad Bramstedt | MV | 1 | 1 |
| Bad Bramstedt | SH | 40 | 35 |
| Hannover | HH | 32 | 32 |
| Koblenz | SL | 16 | 15 |
| Berlin | BB | 6 | 6 |
| gesamt | | 95 | 89 |

Planungen der Bundesregierung, die Unterstützung des Bundes bei Überstellungen aus den AnKER- oder funktionsgleichen Einrichtungen künftig einzustellen, bestehen nicht. Ein aktives Voranbringen des AnKER Konzeptes ist mit dieser Unterstützung zugunsten der Länder nach Auffassung der Bundesregierung nicht verbunden.